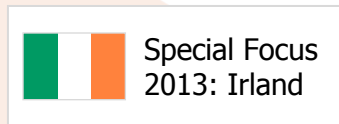


Challenges of Europe 2013



Challenges of Europe 2013

Copyright GfK Verein
Juni 2013

Nachdruck, Weitergabe etc. – auch auszugsweise – sind nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des GfK Vereins gestattet

Verantwortlich: Ronald Frank

GfK Verein
Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V.

Nordwestring 101, 90419 Nürnberg
Tel.: (0911) 395-2231 und 2368 – Fax: (0911) 395-2715

E-mail: info@gfk-verein.org
Internet: www.gfk-verein.org

Challenges of Europe 2013

GfK Consumer Experiences:
Birgit Müller | Elke Nagel | Bettina Arneth

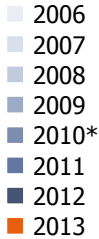
GfK Verein:
Ronald Frank

Inhalt

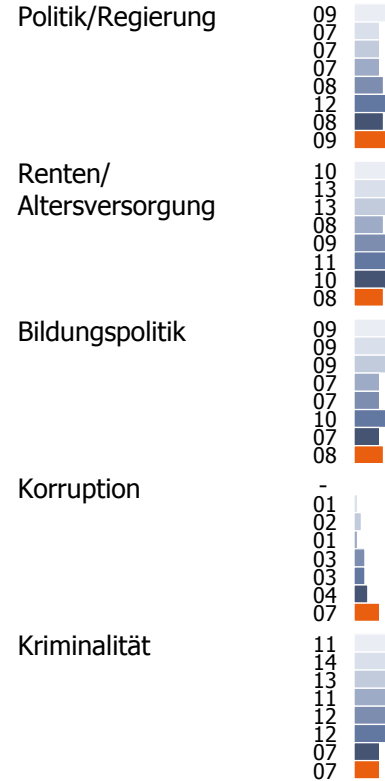
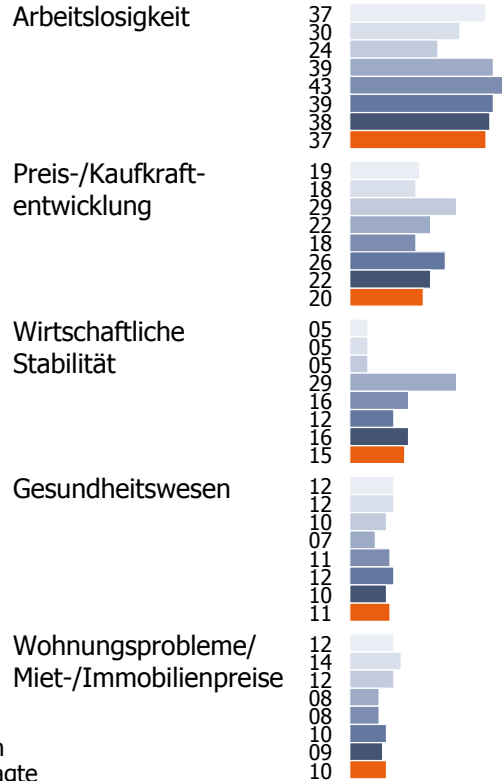
	Folie
Die Herausforderungen in Europa	4
Im Fokus 2013: Irland	18
Die Besonderheiten der einzelnen Länder	
Deutschland	22
Frankreich	33
Italien	36
Spanien	40
Österreich	44
Großbritannien	48
Polen	52
Belgien	56
Russland	60
Niederlande	64
Schweden	68
Wirtschaftsindikatoren im Überblick/Anhang	72

Die Herausforderungen der Europäer - Top 10

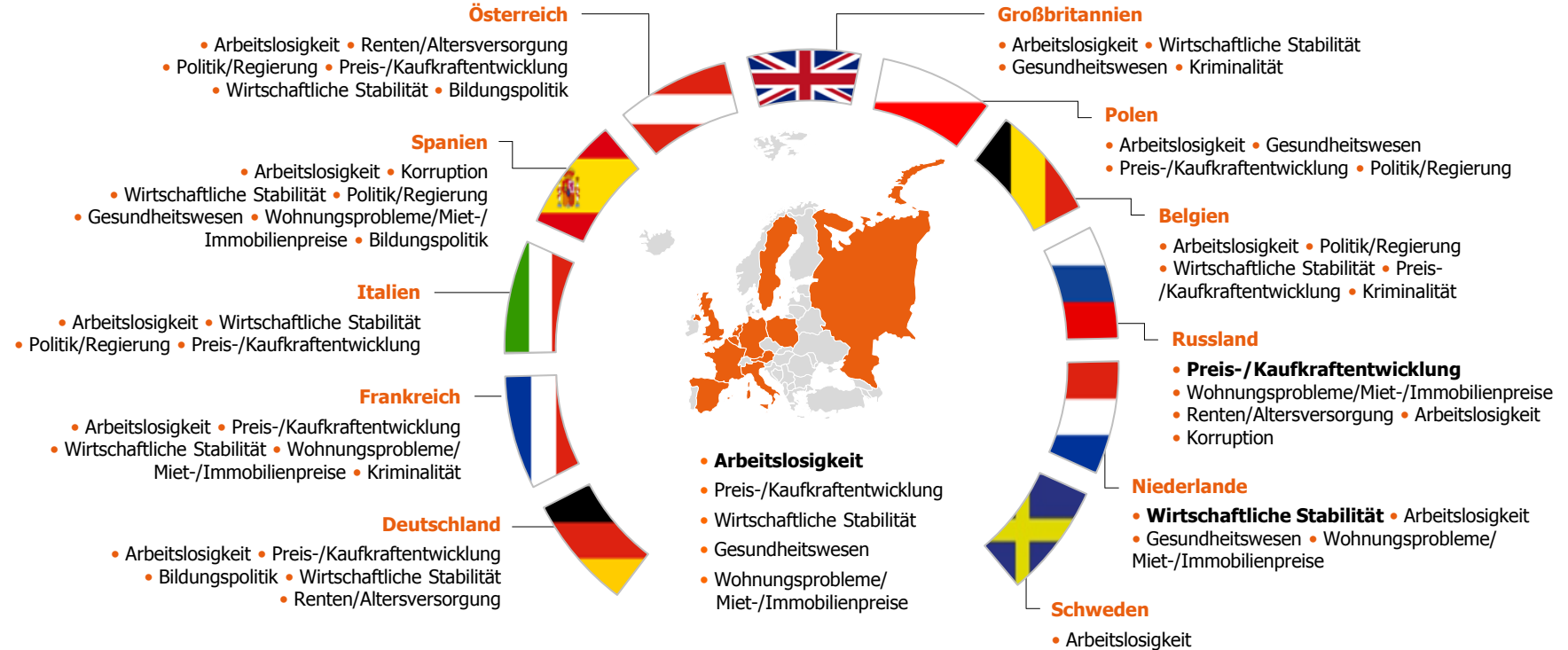
Zusammenfassung aller Länder; nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet; (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



*ab 2010 inkl. Schweden
Basis 2013: 13.315 Befragte



Die größten Sorgen der Europäer im Überblick*



* Genannte Sorgen $\geq 10\%$, bezogen auf die Top 10-Herausforderungen in Europa
/ Reihenfolge im Uhrzeigersinn: Deutschland nennt die meisten Sorgen, Schweden die wenigsten

Die Top 10-Herausforderungen der Europäer im Vergleich

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Gesamt

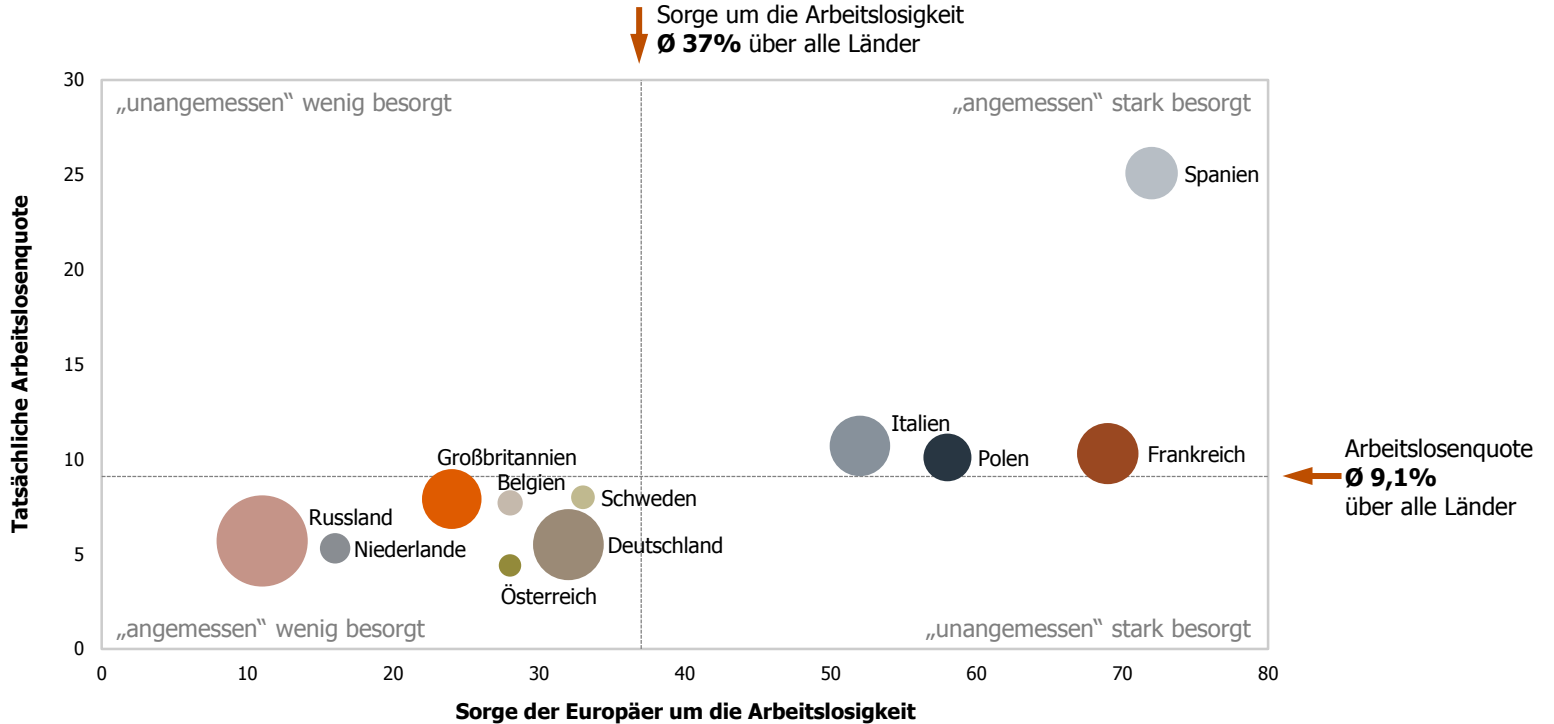


Arbeitslosigkeit	37	32	69	52	72	28	24	58	28	11	16	33
Preis-/Kaufkraftentwicklung	20	29	21	11	2	13	8	23	13	31	3	2
Wirtschaftliche Stabilität	15	16	14	31	27	12	19	8	16	6	21	7
Gesundheitswesen	11	7	7	9	14	7	17	24	3	8	14	8
Wohnungsproblem/Miet-/Immobilienpreise	10	3	11	1	14	2	5	2	3	22	11	2
Politik/Regierung	9	7	5	22	16	13	6	11	21	3	6	2
Renten/Altersversorgung	8	14	8	5	2	15	2	6	4	13	4	2
Bildungspolitik	8	16	8	3	10	10	9	3	3	7	5	9
Korruption	7	1	0	8	27	8	0	2	1	11	0	-
Kriminalität	7	8	10	9	2	6	10	2	10	4	9	1

Gesamt Deutschland Frankreich Italien Spanien Österreich Großbritannien Polen Belgien Russland Niederlande Schweden

Gegenüberstellung der Sorge der Europäer um die Arbeitslosigkeit mit der tatsächlichen Arbeitslosenquote* (ILO) in %

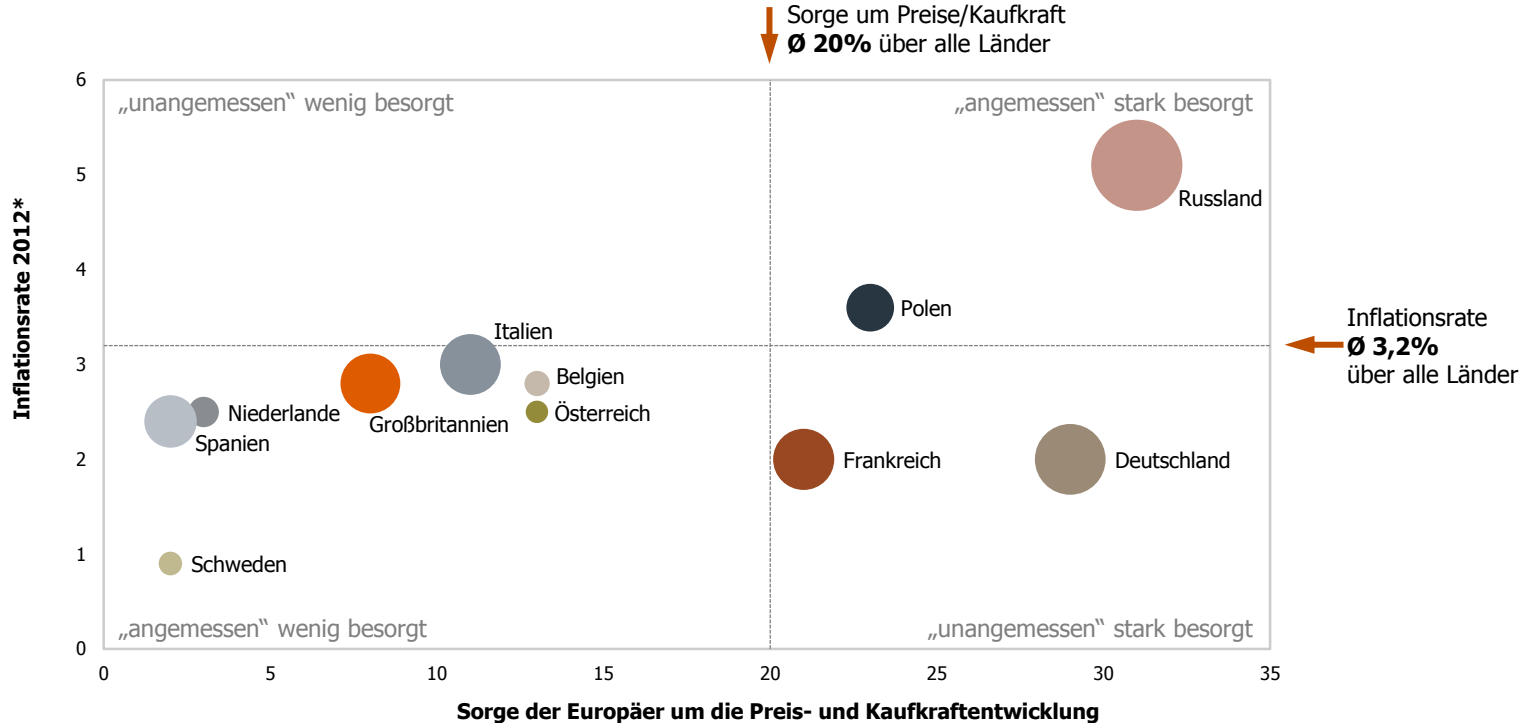
(Sorge um die Arbeitslosigkeit: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil
*OECD, Stand April 2013

Gegenüberstellung der Sorge der Europäer um die Preis- und Kaufkraftentwicklung mit der tatsächlichen Inflationsrate* in %

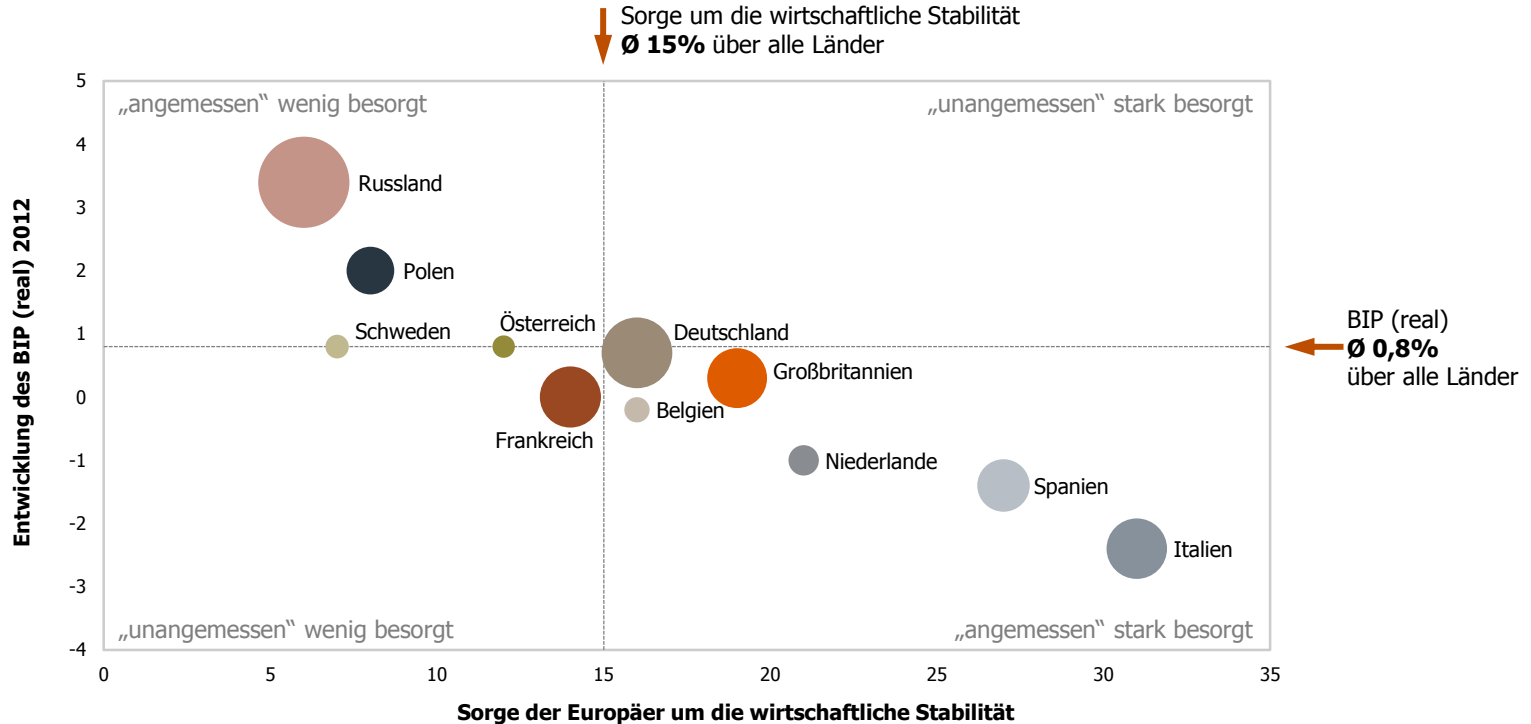
(Sorge um die Preis-/Kaufkraftentwicklung: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil
*EUROSTAT, Stand April 2013

Gegenüberstellung der Sorge der Europäer um die wirtschaftliche Stabilität mit der tatsächlichen Entwicklung des BIP* (real) in %

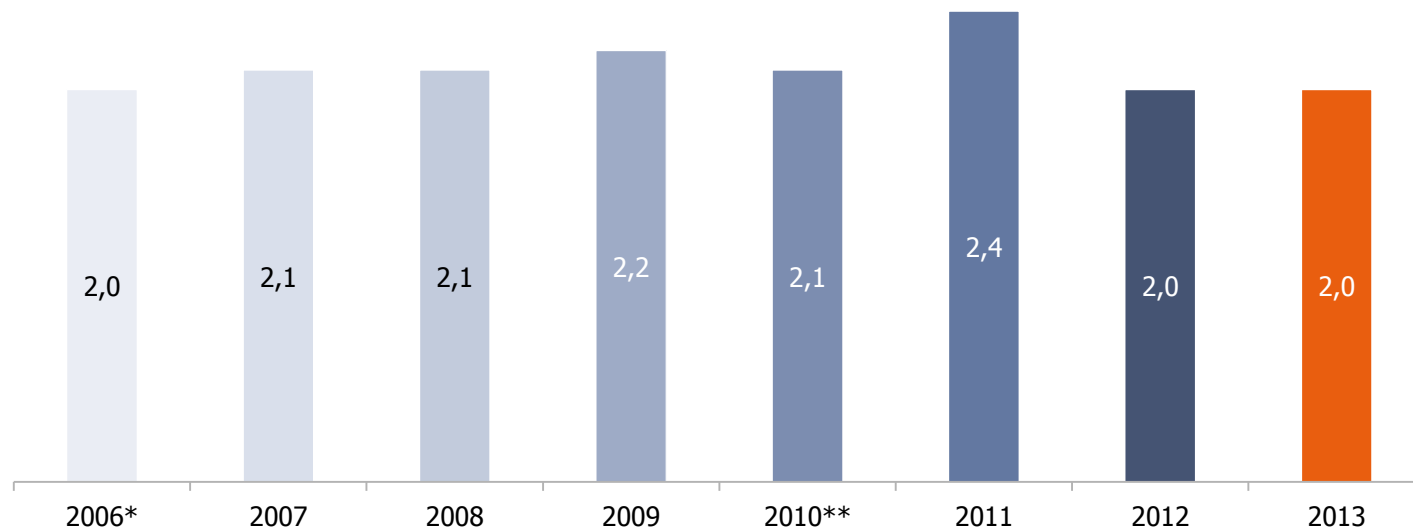
(Sorge um die wirtschaftliche Stabilität: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil
*OECD, Stand April 2013

Problemvielfalt in Europa

Anzahl der genannten Probleme pro Person; Zusammenfassung aller Länder; nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet



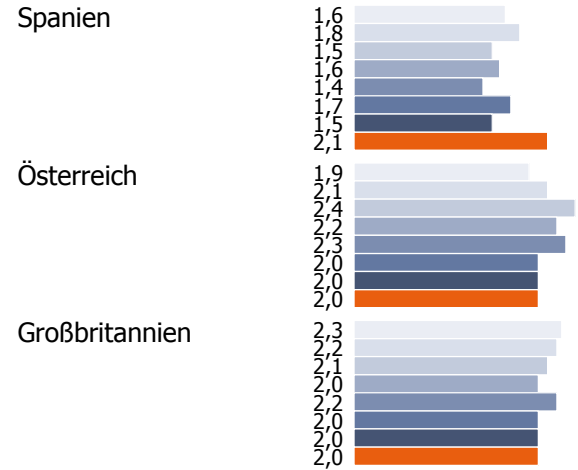
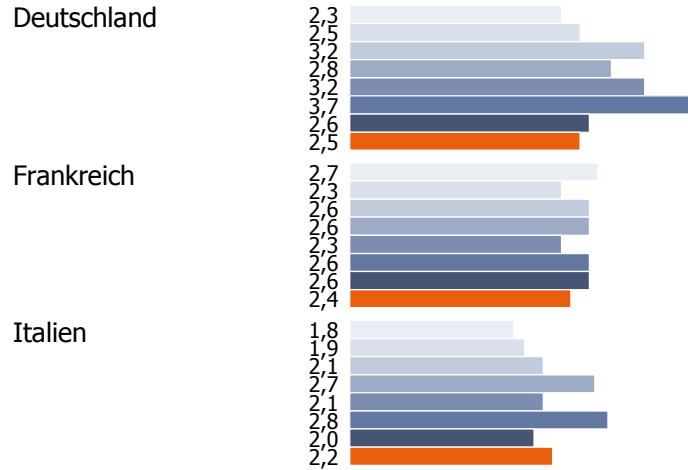
*ab 2006 inkl. Belgien; **ab 2010 inkl. Schweden
Basis 2013: 13.315 Befragte

Problemvielfalt im europäischen Vergleich (1)

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land



- 2006
- 2007
- 2008
- 2009
- 2010
- 2011
- 2012
- 2013

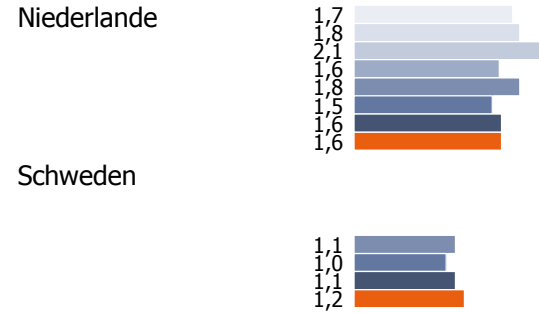
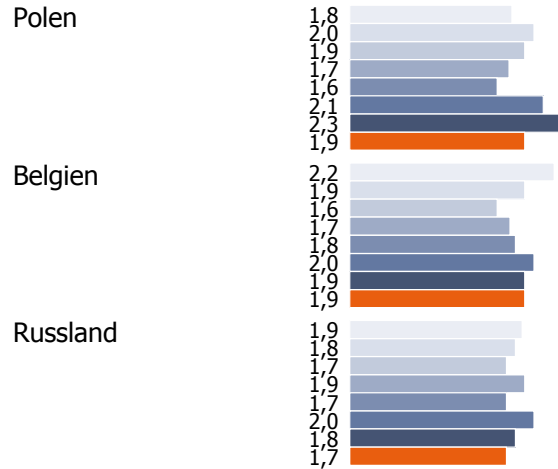


Problemvielfalt im europäischen Vergleich (2)

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land



- 2006
- 2007
- 2008
- 2009
- 2010
- 2011
- 2012
- 2013



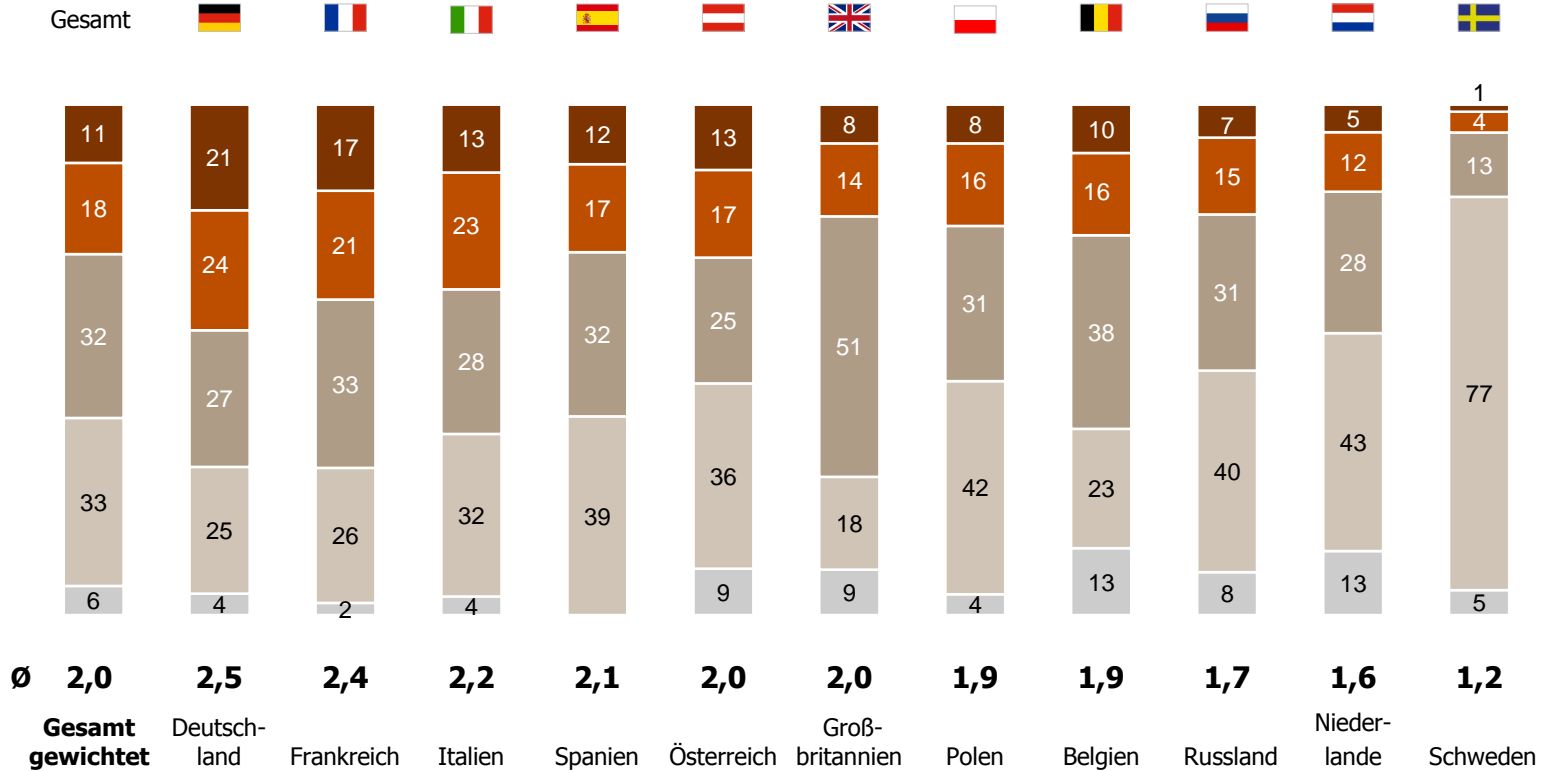
*ab 2006 inkl. Belgien; **ab 2010 inkl. Schweden
 Basis 2013: 13.315 Befragte

Anzahl der Nennungen im europäischen Vergleich

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land in %



- 4 und mehr Nennungen
- 3 Nennungen
- 2 Nennungen
- 1 Nennung
- keine Angabe



Basis:
13.315 Befragte

Europa – zentrale Ergebnisse (1)



Das **Untersuchungsgebiet** der Studie „Challenges of Europe“ umfasst seit 2010 elf europäische Länder: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Österreich, Polen, Großbritannien, Belgien, Russland, die Niederlande und Schweden. Stellvertretend für Europa wurden in diesen Ländern 13.315 Bürgerinnen und Bürger befragt. Ihre Antworten repräsentieren die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Sorgen von knapp 460 Millionen Menschen. Um eine **gesamt-europäische Betrachtung** zu ermöglichen, werden die Ergebnisse der einzelnen Länder entsprechend dem jeweiligen Anteil der Bevölkerung gewichtet dargestellt.

Zusätzlich wird **Irland** in diesem Jahr als **Fokusland** in die Studie aufgenommen. Die irischen Ergebnisse werden nicht in die gesamteuropäische Darstellung integriert, da die Erhebung nur 2013 stattfindet.

Die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** bleibt, wie bereits seit der Wirtschaftskrise im Jahr 2009, das größte Problem in Europa: 37% der Europäer betrachten die Lage auf dem Arbeitsmarkt als die größte Herausforderung im jeweiligen Land. Damit zeigt sich

seit 2010 über alle elf Länder hinweg ein leichter, aber kontinuierlicher Rückgang der Besorgnis. Die größte Beunruhigung herrscht mit 72% aktuell in Spanien, dicht gefolgt von den Franzosen, die sich mit 69% ebenfalls stark besorgt über die Arbeitslosigkeit zeigen. Mehr als jeder zweite Bürger sorgt sich in Polen (58%) und in Italien (52%) über diese Problematik. In Deutschland (32%) und in Schweden (33%) dagegen sieht nur jeweils ein Drittel der Befragten eine Notwendigkeit, die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Noch über der 20%-Marke liegen Österreich und Belgien mit jeweils 28% sowie Großbritannien mit 24%. In den Niederlanden und vor allem in Russland schließlich löst die Arbeitslosigkeit im Ländervergleich mit 16% bzw. 11% derzeit eine vergleichsweise geringe Beunruhigung aus.

Wie bereits in den letzten drei Jahren auch befindet sich die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** auf dem zweiten Platz der europäischen Sorgenliste, wobei die Brisanz des Themas jedoch mit aktuell 20% (2012: 22%) schon zum zweiten Mal in Folge etwas nachgelassen hat.

Europa – zentrale Ergebnisse (2)



Die höchste Priorität hat das Thema in Russland, wo jeder dritte Bürger (31%) die Preis- bzw. Kaufkraftentwicklung als Problem sieht, was dort die erste Stelle des Sorgenrankings bedeutet. Dichtauf folgt Deutschland mit 29%, doch auch die Polen und die Franzosen zeigen sich mit 23% bzw. 21% überdurchschnittlich besorgt. Eine untergeordnete Rolle spielt das Thema in Österreich und Belgien mit je 13%, Italien (11%) und Großbritannien (8%). Kaum genannt wird das Thema in den Niederlanden (3%), Spanien (2%) und Schweden (2%).

Auch die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** steht mit derzeit 15% (2012: 16%) erneut an der dritten Stelle des europäischen Sorgenrankings. Damit behält das Thema sein deutlich höheres Niveau im Vergleich zu den Jahren vor der Wirtschaftskrise, in denen lediglich 5% der Europäer darüber beunruhigt waren. Die meisten Gedanken über dieses Thema machen sich aktuell die Italiener (31%) und die Spanier (27%). Auf dem ersten Platz steht die konjunkturelle Entwicklung dagegen in den Niederlanden mit 21%. Die britischen (19%), belgischen (16%) und deutschen (16%) Befragten zeigen sich aktuell nur durchschnittlich besorgt, wobei in Deutschland das

Thema den größten Einbruch mit minus 8 Prozentpunkten erfährt. Und in Polen und Schweden (je 7%) sowie in Russland (6%) spielt die wirtschaftliche Stabilität eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Nach Platz fünf im letzten Jahr befindet sich das **Gesundheitswesen** 2013 auf dem vierten Platz der europäischen Sorgenliste, mit 11% ist das Niveau ähnlich hoch wie in den Vorjahren. Unverändert herrscht in Polen die größte Beunruhigung, wo sich wie bereits 2012 ein Viertel der Bürger Gedanken über die Gesundheitsversorgung macht (24%). Dort belegt das Thema den höchsten Rangplatz im Europavergleich. Überdurchschnittliche Sorgen äußern auch die Briten (17%), die Niederländer und die Spanier (je 14%). In Belgien spielt das Thema hingegen mit nur 3% fast gar keine Rolle.

Die Themenkomplexe **Wohnungsprobleme, Miet- und Immobilienpreise** sowie **Politik/Regierung** sind jeweils um einen Prozentpunkt auf 10% bzw. 9% leicht gestiegen und stellen somit weitere wichtige und relativ konstante Herausforderungen in Europa dar.

Europa – zentrale Ergebnisse (3)



In Bezug auf das Wohnungsproblem ist die Sorge in Russland mit 22% am größten und das Thema liegt dort nach wie vor auf dem Platz 2 des Rankings. In Spanien und in den Niederlanden ist die Besorgnis jeweils stark von 2% auf 14% bzw. von 3% auf 11% angestiegen und hat das Thema in die landeseigenen Top 10 katapultiert. Die Spanier machen sich zudem mehr Sorgen (von 5% auf 16%) um die Politik/Regierung des Landes als noch 2012. Die höchste Relevanz hat das Thema Politik jedoch in Italien (22%) und in Belgien (21%). Die Schweden beschäftigen beide Themenfelder mit jeweils 2% derzeit dagegen kaum.

Mit jeweils 8% belegen die beiden Themenfelder **Renten/Altersversorgung** und **Bildungspolitik** in diesem Jahr die Plätze 7 und 8 der europäischen Agenda. Die größten Sorgen in Bezug auf die Rente machen sich die Österreicher (15%), die Deutschen (14%) und die Russen (13%). In Polen und Belgien ist die Besorgnis hingegen von 19% auf 6% bzw. von 13% auf 4% deutlich gesunken. Die Bildungspolitik hat in Deutschland (16%) im Vergleich die höchste Priorität. Und in Schweden hat sich die Besorgnis von 5% auf 9% nahezu verdoppelt.

Das Thema **Korruption** ist mit 7% Besorgnis dieses Jahr erstmals in den europäischen Top 10 vertreten und verdrängt somit das Thema **Jugendarbeitslosigkeit** aus den Top 10. Die mit Abstand größte Beunruhigung im Hinblick auf die Korruption herrscht in Spanien vor, wo die Sorge von 4% auf 27% explosionsartig angestiegen ist. Aber auch die Russen (11%), die Italiener und die Österreicher (je 8%) zeigen sich überdurchschnittlich besorgt. In den übrigen Ländern spielt das Thema Korruption hingegen keine nennenswerte Rolle.

Wie im letzten Jahr zeigen sich 7% der Europäer über die **Kriminalität** besorgt, wodurch das Thema den zehnten Platz des europäischen Rankings belegt und zum zweiten Mal unter der 10-Prozent-Marke bleibt. Die größte Beunruhigung herrscht mit jeweils 10% in Großbritannien, Frankreich und Belgien, dicht gefolgt von den Niederlanden und Italien (je 9%) sowie Deutschland (8%). Für die spanischen, die polnischen (je 2%) und die schwedischen befragten Bürger (1%) erscheint das Thema eher weniger brisant.

Europa – zentrale Ergebnisse (4)



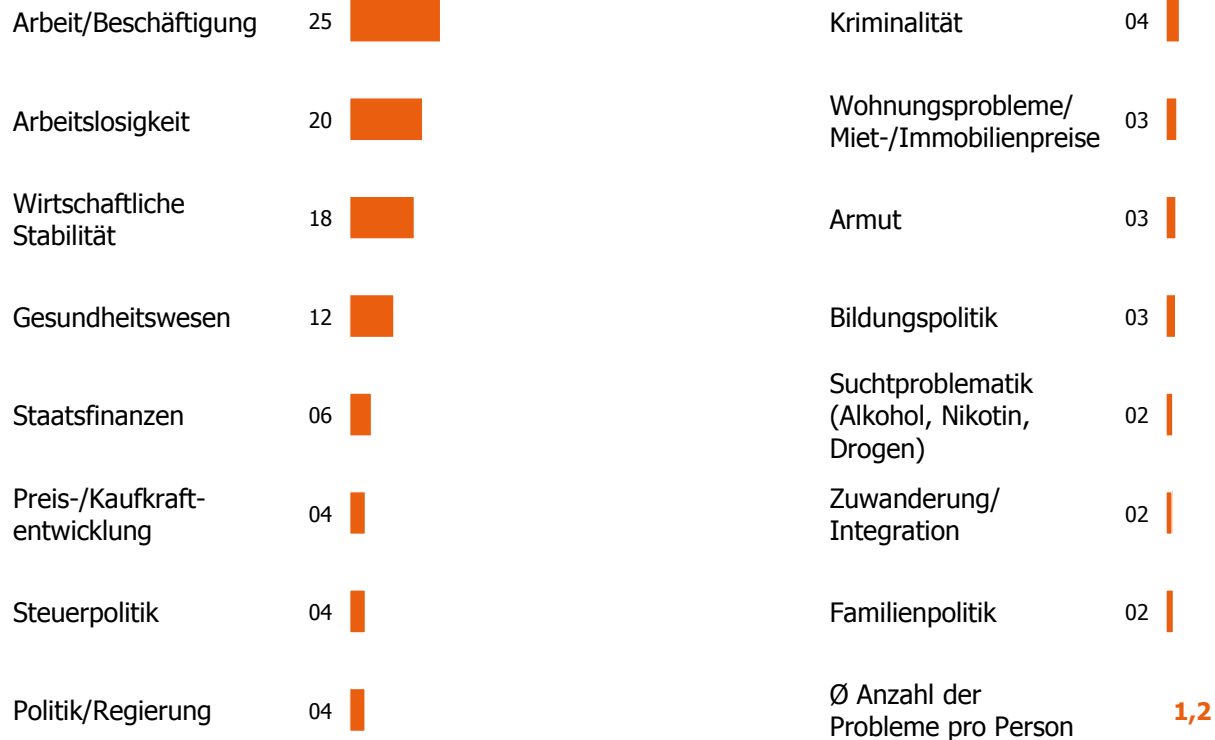
Unterschiede zwischen den europäischen Ländern zeigen sich nicht nur hinsichtlich der Priorisierung der einzelnen Themen, sondern auch in der **Problemvielfalt**: Die durchschnittliche Anzahl der Probleme, die die Bürger in ihren jeweiligen Ländern äußern, variiert zwischen 1,2 und 2,5 Antworten. Länderübergreifend werden von den Befragten – wie schon im Vorjahr – 2,0 Themen angeführt.

Am kritischsten erweisen sich die Deutschen und die Franzosen, die durchschnittlich 2,5 bzw. 2,4 Probleme pro Befragten nennen. Im Vergleich zum Vorjahr (2012: je 2,6) ist die Besorgnis in beiden Ländern aber leicht zurückgegangen. In Polen ist die Sorgenzahl der Bevölkerung von 2,3 im Jahr 2012 auf aktuell 1,9 am stärksten gesunken, nachdem es in den beiden Vorjahren jeweils einen Anstieg gegeben hatte. Auch in Russland ist die allgemeine Besorgnis auf 1,7 Probleme leicht zurückgegangen. Die stärkste Zunahme der Probleme hat hingegen im krisengeschüttelten Spanien stattgefunden, wo die Anzahl der genannten Herausforderungen von 1,5 im Jahr 2012 auf aktuell 2,1 gestiegen ist. Außer in Spanien hat die

durchschnittliche Anzahl der genannten Probleme nur noch in Italien (von 2,0 auf 2,2) und in Schweden (von 1,1 auf 1,2) leicht zugenommen. Trotz der geringen Zunahme zeigen sich die Schweden, wie bereits in den vergangenen Jahren, aber als die Nation mit den wenigsten geäußerten Herausforderungen in Europa.

Die Herausforderungen in Irland 2013 – Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Irland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis: 1.000 Befragte



Irland – zentrale Ergebnisse (1)

Kaum ein anderes Land des Euroraumes wurde so schwer von der Banken- und Schuldenkrise getroffen wie der ehemalige keltische Tiger Irland. So sehen rund zwei Drittel der Iren aktuell Handlungsbedarf bei Themen, die direkt mit der Wirtschaftskrise zusammenhängen, wie dem Arbeitsmarkt und der ökonomischen Entwicklung. Die übrigen Themen treten in den Hintergrund und Irland stellt mit durchschnittlich 1,2 genannten **Problemen pro Person** gemeinsam mit Schweden die Nation mit den wenigsten angeführten Problemen in Europa dar (Durchschnitt Europa: 2,0 Nennungen pro Person).

Entsprechend der niedrigen Anzahl an Nennungen liegen nur vier Themenfelder über der 10-Prozent-Marke. Die Hauptsorgen der Iren drehen sich 2013 insbesondere um Arbeitsmarktthemen: So geben 25% an, dass mehr für die Sicherung der **Arbeit** und der **Beschäftigung** getan werden muss. Weitere 20% der Bevölkerung äußern ihre Sorge über die **Arbeitslosigkeit**, also den Mangel an bezahlter Arbeit. Dass diese beiden Themen auf den ersten beiden Plätzen stehen, ist angesichts der Arbeitsmarktentwicklung nicht verwunderlich: laut OECD wuchs die Arbeitslosigkeit von 4,4% in 2005 kontinuierlich auf 14,7% im Jahr 2012 an, sie hat sich also mehr als

verdreifacht. Mitte vergangenen Jahres erreichte die Arbeitslosigkeit dann den höchsten Stand seit 18 Jahren. Inzwischen hat sich die Arbeitslosenquote wieder leicht rückläufig entwickelt, lag aber im Februar 2013 immer noch bei 14,2%. Nach Experteneinschätzung wäre sie noch höher, wenn nicht Zehntausende Iren - vor allem die Jungen und gut Ausgebildeten - in andere englischsprachige Länder wie Großbritannien, Australien und Kanada ausgewandert wären. Aktuell hat diese Gruppe aber auch guten Grund dazu, das Land zu verlassen: Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen ist von 2005 bis 2012 von 8,5% auf 30,4% enorm angestiegen, das ist einer der höchsten Werte in Europa. Experten erwarten für 2012 daher noch einmal bis zu 75 Tausend Auswanderer aus Irland.

In Zusammenhang mit den Arbeitsmarktthemen stellt die **wirtschaftliche Entwicklung** mit 18% eine weitere Sorge der Iren dar und liegt auf dem 3. Platz des Rankings. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise rutschte Irland 2008 in die Rezession ab und musste bis 2010 ein rückläufiges BIP verkraften. Seit 2011 ist die Bilanz aber wieder leicht im Plus und auch für 2013 (1,1%) und 2014 (2,2%) prognostiziert Eurostat positive BIP-Wachstumsraten.



Irland – zentrale Ergebnisse (2)

Doch spielen vermutlich noch andere wirtschaftliche Faktoren eine Rolle. Die starke Exportabhängigkeit Irlands etwa trägt in dem schwierigen ökonomischen Umfeld zur Unsicherheit bei. Auch wenn Irland laut Standard & Poor's große Fortschritte bei der Stabilisierung des Staatshaushalts gemacht hat, ist die Verschuldung noch sehr hoch.

Das Thema **Staatsfinanzen** wurde von 6% der Bürger genannt und belegt Rang 5. Die Konsolidierung der Staatsausgaben wird von der irischen Regierung durch ein strenges Sparprogramm und eine entschlossene **Steuerpolitik** vorangetrieben. Über die Steuerpolitik machen sich dementsprechend 4% der Iren Gedanken, das bedeutet Rang 7. Da Irland im Zuge der Finanzkrise Sicherheiten für das marode Bankensystem des Landes übernommen hatte und damit den Staatshaushalt überschuldete, musste das Land bei der EU um finanzielle Hilfe ersuchen. Das Hilfspaket wurde unter der Bedingung der Sanierung des Staatshaushaltes gewährt. Seitdem wurden in Dublin mehrere Sparpakete verabschiedet, die unter anderem einen Anstieg der Mehrwertsteuer von 21% auf 23%, die Einführung neuer Steuern, eine Kürzung des Mindestlohns, des Kindergelds und anderer Sozialleistungen, Gehaltskürzungen

bei den Staatsbediensteten und eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 68 Jahre – die längste formelle Lebensarbeitszeit in Europa – beinhalten. Irland gilt damit als Musterland unter den stark verschuldeten Ländern der Eurozone.

Vom Sparzwang sind auch die **Bildungspolitik** (3% Besorgnis, 13. Platz) und insbesondere das **Gesundheitswesen** (12% Besorgnis, 4. Platz) nicht verschont geblieben. In Irland gibt es einen staatlichen Gesundheitsdienst, der überwiegend aus Steuermitteln, teilweise aber auch aus Sozialversicherungsbeiträgen finanziert wird. Knapp die Hälfte der Iren nimmt zudem an einem privaten Versicherungsprogramm, dem Voluntary Health Insurance Board, teil. Diese Zusatzversicherung wird durch staatliche Mittel unterstützt und arbeitet nicht gewinnorientiert. Für die Organisation und Betreuung des Gesundheitsdienstes ist die Health Service Executive (HSE) verantwortlich, die explizit von 3% der Befragten als verbesserungswürdig genannt wird. Laut einem gemeinsamen Bericht der EU und der OECD sind die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben in Irland, die zwischen 2000 und 2009 noch um durchschnittlich 6,5% pro Jahr gewachsen waren, 2010 um 7,9% zurückgegangen.



Irland – zentrale Ergebnisse (3)

Das ist wohl ein Ergebnis der Bemühungen zur Kostensenkung im Gesundheitssystem, über die die irische Regierung den internationalen Kreditgebern der Troika (EU, EZB, IWF) ab Frühjahr 2013 monatlich Bericht erstatten muss.

Kritik an der **Politik** und der **Regierung** äußern 4%, damit liegt das Thema auf dem 8. Platz der Sorgenliste. Die vergleichsweise geringen Sorgen der Iren in diesem Punkt dürften vermutlich auch mit der Verschiebung der Machtverhältnisse im Jahr 2011 zusammenhängen: Nach wochenlangen politischen Turbulenzen wurde Anfang Februar das Parlament aufgelöst. Bei den Neuwahlen am 25. Februar 2011 wurde die bisherige Regierungspartei Fianna Fail mit einer erdrutschartigen Niederlage abgestraft, sie verlor 25 Prozentpunkte und erhielt nur noch 15 Prozent der Stimmen. Die Oppositionspartei Fine Gael wurde hingegen mit dem besten Ergebnis seit fast 30 Jahren an die Macht gewählt und stellt nun mit Kenny den neuen Premierminister. Dieser verfügt nicht nur über breiten Rückhalt im Parlament, auch das Volk scheint dessen Politik in der aktuellen Krisensituation weitgehend zu billigen. Es kommt zwar immer wieder zu Protesten gegen den harten Sparkurs, aber offenbar in schwächerer Form als in den

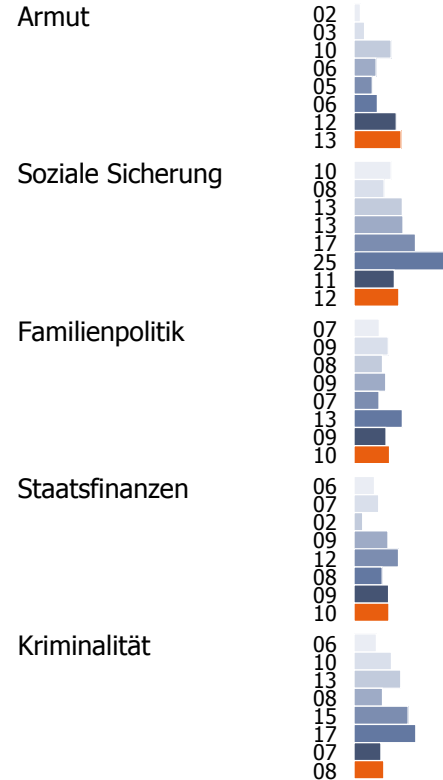
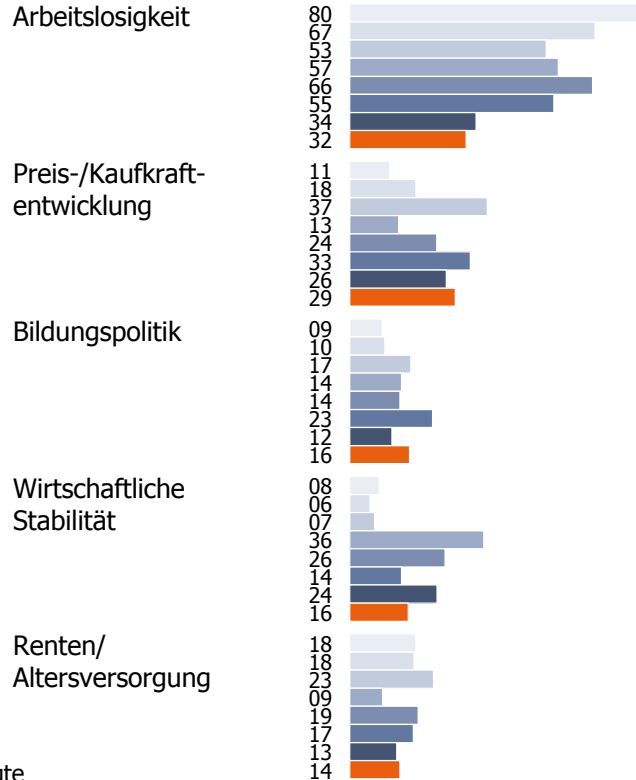
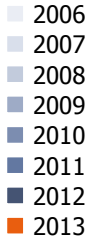
südeuropäischen Krisenländern. Aktualität gewinnt das Thema Politik und Regierung dadurch, dass Irland im Januar 2013 für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat. Kenny kündigte an, die Kosten der Ratspräsidentschaft auf 60 Millionen Euro begrenzen zu wollen – 2004 musste das Land dafür noch fast den doppelten Betrag ausgeben.

Auch das Thema **Wohnung und Mieten**, das mit 3% Besorgnis auf dem 11. Platz des Rankings liegt, sollte vor dem Hintergrund der Finanzkrise betrachtet werden: Nach dem Bauboom vor der Finanzkrise sind die Hauspreise um mehr als ein Drittel gefallen. Ein Viertel der irischen Haushalte ist mit den Hypothekenzahlungen im Rückstand und etliche Baufirmen mussten Konkurs anmelden. Dies führte dazu, dass nun rund 350.000 Häuser leer stehen. „Geisterdörfer“ nennen die Iren die im ganzen Land zu besichtigenden Neubausiedlungen, in denen kein einziges Haus bewohnt ist.

Im Vergleich zur wirtschaftlichen Entwicklung machen sich mit 4% (6. Platz) relativ wenig Iren Sorgen über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. So ist die Inflationsrate von 2,6% im Jahr 2011 auf 1,7% im Jahr 2012 zurückgegangen.

Die Herausforderungen in Deutschland 2013 Gesamtbetrachtung Top 10

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

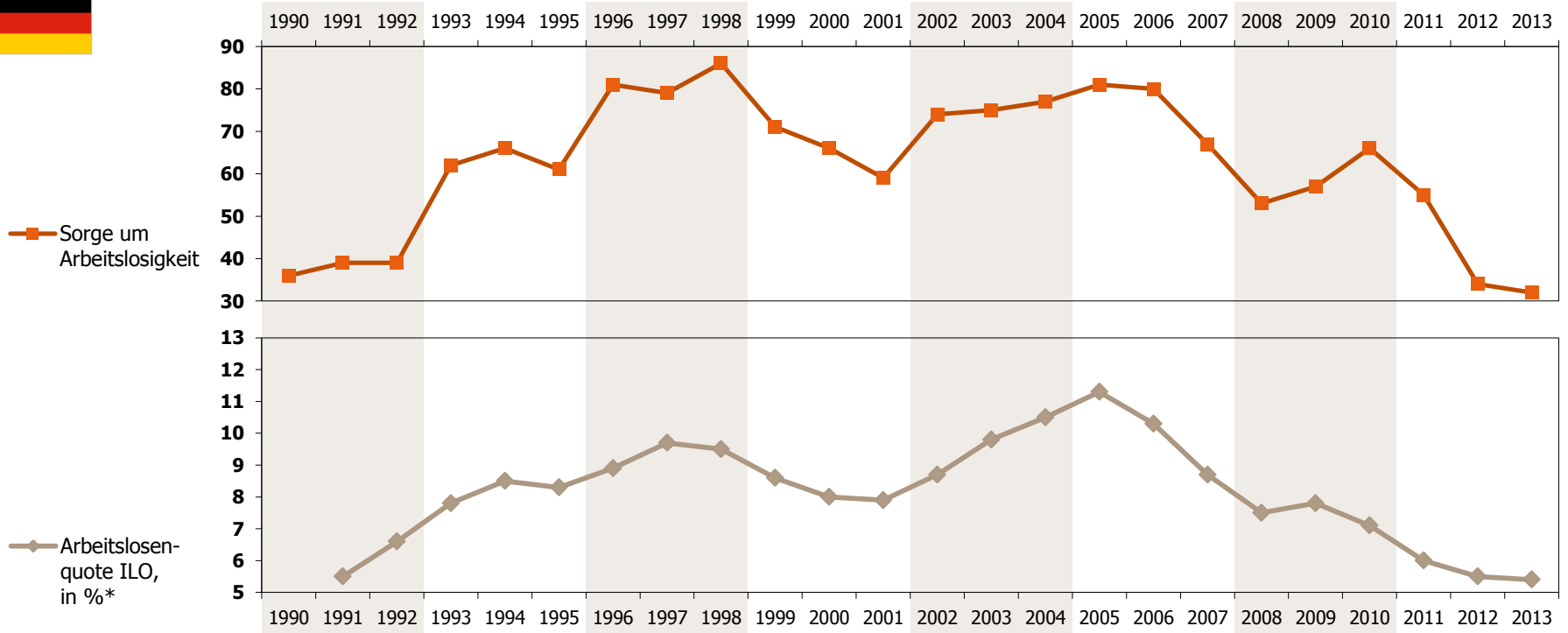


Nachrichtlich:
Zuwanderung/
Integration: 8%
(2012: 7%)
Steuerpolitik: 8%
(2012: 9%)

Basis 2013: 2.042 Befragte

Arbeitslosigkeit in Deutschland 1990-2013, Platz 1: Gegenüberstellung von Besorgnis und Arbeitslosenquote

... % der Befragten nannten Arbeitslosigkeit als dringendste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



*Quelle: OECD, ausgewiesen für Deutschland erst ab 1991 (nach Wiedervereinigung), Wert für 2013: Stand April 2013

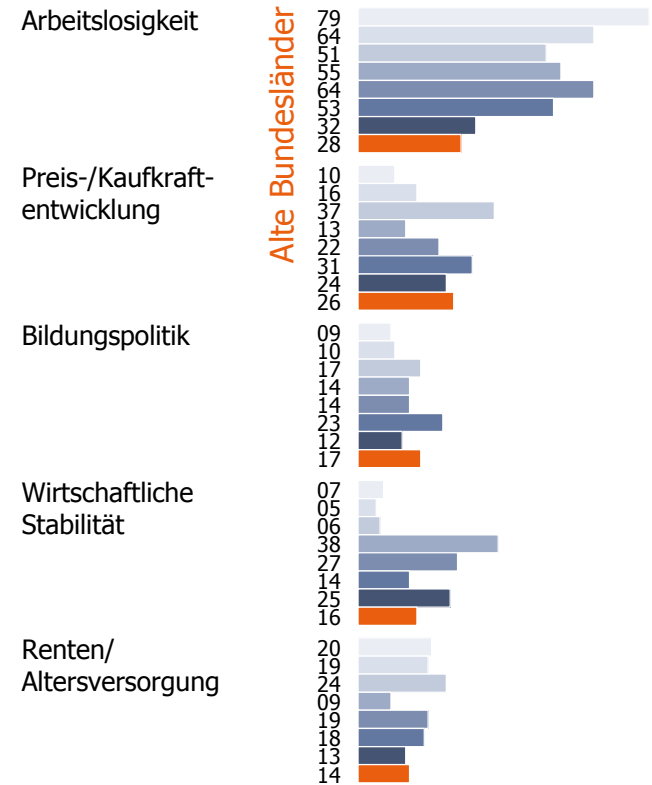
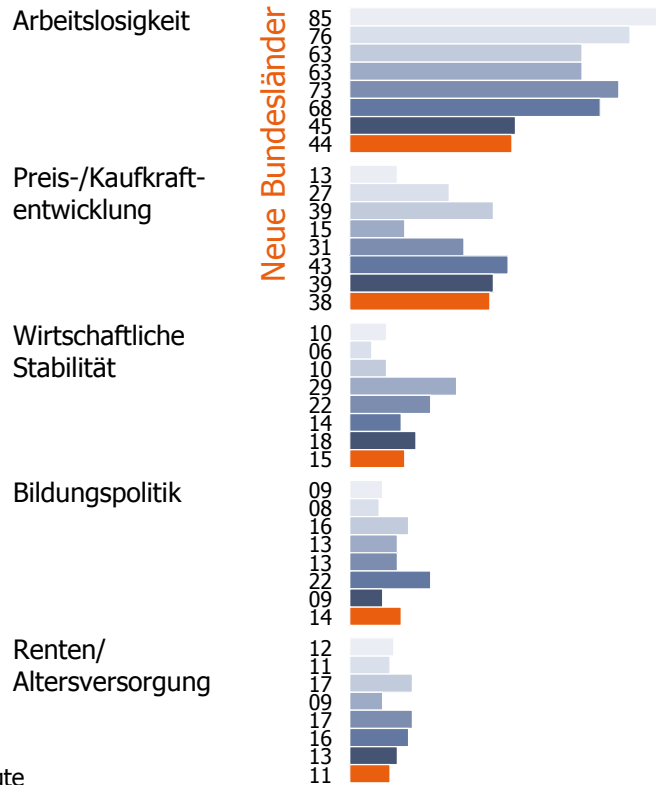
Die Herausforderungen in Deutschland 2013

Neue und alte Bundesländer Top 5

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2013: 2.042 Befragte

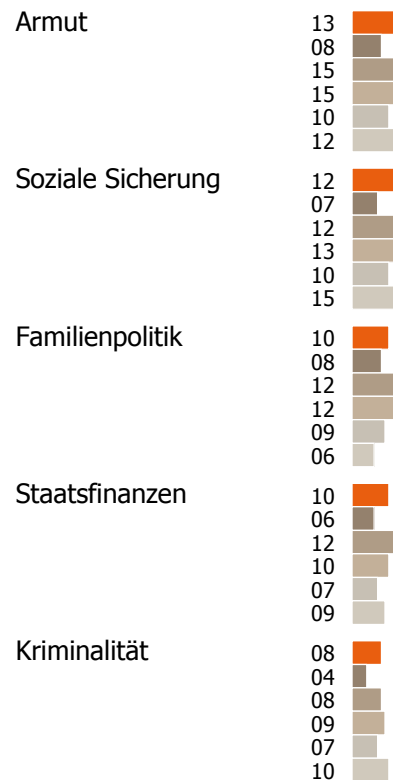
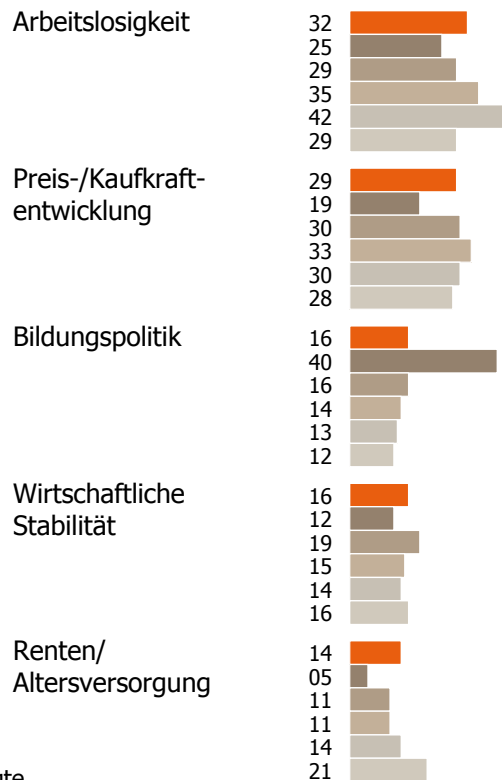


Die Herausforderungen in Deutschland 2013 Nach Lebenswelten Top 10

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



- Gesamt
- Studierende/
in Ausbildung
Befindliche
- Gehobene
soziale
Schichten
- Mittlere
soziale
Schichten
- Einfache
Lebenslage
- Ältere Männer
und Frauen
im Ruhestand



Basis 2013: 2.042 Befragte



Deutschland – zentrale Ergebnisse (1)

Auf Platz 1 der deutschen Sorgenliste steht auch in diesem Jahr die **Arbeitslosigkeit**. Nach einem erdrutschartigen Rückgang um 21 Prozentpunkte im vorigen Jahr setzt sich der Abwärtstrend weiter fort und die Besorgnis sinkt um weitere zwei Prozentpunkte auf nun 32%. Der deutsche Optimismus in diesem Zusammenhang lässt sich auch durch die Arbeitslosenzahlen untermauern: 2012 ist seit mehr als zwei Jahrzehnten das beste Jahr mit einer Arbeitslosenquoten von 5,5%. Im Vorjahr 2011 lag diese noch bei 6,0%, wodurch Deutschland als einziges Land der OECD besser als vor der Krise dasteht. Obwohl die positive Entwicklung in den Wintermonaten leicht gedämpft wurde, sehen Experten keine Trendwende zum Schlechteren, sondern gehen von einer weiterhin stabilen Arbeitsmarktlage für 2013 aus.

Das Thema **Preis- und Kaufkraftentwicklung** befindet sich – mit 3 Prozentpunkten Abstand – nur noch knapp hinter der Sorge um die Arbeitslosigkeit. Mit einem leichten Zuwachs von 3 Prozentpunkten sorgen sich aktuell 29% der Deutschen um Preissteigerungen und somit um die Kaufkraft. Das ist der dritthöchste Wert, der seit 1990 für Gesamtdeutschland

gemessen wurde. Dabei hat die Inflation in 2012 mit +2,0% gegenüber dem Vorjahr (+2,1%) sogar leicht nachgegeben. Dies scheint für die deutschen Verbraucher jedoch kein Grund zur Beruhigung zu sein, zumal insbesondere die Güter des täglichen Bedarfs – Nahrungsmittel (+3,2%) und Energie (+5,6%) – im Jahresdurchschnitt 2012 hohe Preissteigerungsraten verzeichneten. Hinzu kommen die im Januar 2013 von vielen Stromanbietern durchgesetzten massiven Strompreiserhöhungen, die mit den Kosten der Energiewende begründet werden. So tragen offensichtlich auch die verhältnismäßig moderaten Inflations-Prognosen für 2013 (+1,6%) und 2014 (+1,4%) nicht zur Entspannung bei. Möglicherweise werden die guten Aussichten auch von der Angst vor einer massiven Geldentwertung getrübt. In diesem Zusammenhang ist möglicherweise auch die Sorge um die **Staatsfinanzen** zu sehen. Diese erfährt zwar nur einen minimalen Bedeutungszuwachs von einem Prozentpunkt, erreicht aber im Langzeitvergleich seit 1990 immerhin den zweithöchsten Wert nach 12% im Jahr 2010, als die höchste Neuverschuldung in der bundesdeutschen Geschichte gemessen wurde.



Deutschland – zentrale Ergebnisse (2)

Im Hinblick auf die **wirtschaftliche Stabilität** zeigen sich die Befragten dagegen wieder gelassener als im Vorjahr. War 2012 knapp ein Viertel der deutschen Bevölkerung beunruhigt, sehen aktuell noch 16% in diesem Punkt eine zentrale Herausforderung. Mit der Entwicklung des BIP alleine lässt sich die Erleichterung der Bürger nicht begründen. Ist das BIP laut Eurostat in 2011 noch um 3,0% gewachsen, wird für 2012 lediglich ein Wachstum von 0,7% bescheinigt. Die Prognose für 2013 liegt aktuell sogar bei nur plus 0,5%. Offensichtlich beziehen die Bürger die gesamteuropäische Lage in ihre Einschätzung mit ein. Denn im Vergleich zu den anderen EU-Ländern liegt Deutschland noch weit über dem Durchschnitt von -0,3%. Außerdem zeigt sich, dass sich die Deutschen auch von der Euro-Krise und speziell den finanziellen Maßnahmen zur Rettung Griechenlands weit weniger beunruhigt fühlen. Nannten im Vorjahr noch 9% bzw. 6% explizit diese beiden Punkte als ihre Sorge, sind in 2013 die Nennungen auf 5% bzw. 1% gesunken. Mit zur Entspannung beigetragen haben vermutlich aber auch die geringere Präsenz dieser Themen in der Politik und den Medien sowie die positive Bewertung der Arbeitsmarktlage.

Wachsende Beunruhigung zeigt sich dagegen bei der **Bildungspolitik**, die mit plus 4 Prozentpunkten auf aktuell 16% und damit auf den dritten Rang vorgerückt ist. Mit ein Grund hierfür sind vermutlich die Studiengebühren. Im Vorfeld der Befragung waren sie zentrales Thema in Bayern und Niedersachsen, den letzten beiden Ländern, die die „Campus-Maut“ noch verlangen. In Niedersachsen waren die Studiengebühren Top-Wahlkampfthema von Rot-Grün, doch schon bald zeigte sich, dass die neue Regierung ihr Versprechen nicht in allen Belangen halten kann. Dies dürfte den Unmut der Bürger geschürt haben. In Bayern war das im Januar laufende Volksbegehren gegen Studiengebühren erfolgreich, aber endgültig abgeschafft werden können sie erst per Volksentscheid, falls nicht der Landtag die Studiengebühr vorher selbst kippt. Ebenfalls könnte die Veröffentlichung des Bildungsberichts 2012 die Sorge um die Bildung angetrieben haben. Zwar attestiert der Bericht insgesamt ein höheres Bildungsniveau, so zum Beispiel durch mehr Abiturienten und weniger Schulabbrecher, aber nach wie vor bleibt es eine große Herausforderung, Bildungserfolge unabhängig von der familiären Herkunft sicherzustellen.



Deutschland – zentrale Ergebnisse (3)

Bei den weiteren Themen, die unter den Top 10 der deutschen Sorgenliste rangieren, lässt sich keine große Veränderung ausmachen. Die Themen zeigen ausnahmslos eine minimal wachsende Tendenz (plus 1 Prozentpunkt).

So belegt das Thema der **Renten- und Altersversorgung** mit aktuell 14% wie im Vorjahr Rang 5. Insgesamt gab es zu diesem Punkt im vergangenen Jahr vergleichsweise wenig öffentliche Diskussion. Zwar wurde im Herbst letzten Jahres von der Regierung die Reduzierung des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,6% auf 18,9% beschlossen, doch hat diese seit dem Inkrafttreten im Januar dieses Jahres offenbar weder eine spürbare Erleichterung bei den Bürgern hervorgerufen, noch das Vertrauen in die Alterssicherung erhöht.

Trotz des aktuell geringen Zuwachses wird die Sorge um die **Armut** von Jahr zu Jahr größer und erreicht dieses Jahr mit 13% den höchsten Wert seit Studienbeginn. Besonders besorgt zeigen sich die Bürger über Armut im Alter, die von 5% der Befragten explizit genannt wird. Einhellig wird in Politik und

Gesellschaft davor gewarnt, dass sich das Problem um die Altersarmut in den nächsten Generationen weiter verschärfen wird. Insofern ist davon auszugehen, dass das Thema auch in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. Eng damit verknüpft ist auch das Thema der **sozialen Sicherung**, das derzeit mit 12% knapp hinter der Armutssorge rangiert.

Auf Rang 8 liegt in diesem Jahr mit 10% die Sorge um die **Familienpolitik**. Damit erreicht das Thema den zweithöchsten Wert und liegt seit 6 Jahren erstmals wieder unter den Top 10. Dies ist nicht überraschend, denn die Einführung des Betreuungsgeldes hat für intensive Diskussionen und somit für viel öffentliches Aufsehen gesorgt. Darüber hinaus ist auch der Ausbau der Kinderbetreuung ein zentrales Thema in Politik und Medien. Hier wird sich erst im Sommer zeigen, ob der gesetzliche Anspruch für alle Kinder erfüllt werden kann.

Es bleibt abzuwarten, ob sich im nächsten Jahr – auch nach den Bundestagswahlen im September 2013 – stärkere Veränderungen zeigen werden. Dies dürfte sicherlich auch von der zukünftigen Bundesregierung abhängen.



Deutschland – zentrale Ergebnisse

Alte und neue Bundesländer im Vergleich

Der Vergleich der jeweils sieben wichtigsten Herausforderungen zwischen den neuen und alten Bundesländern in Deutschland ergibt ein identisches Bild im Hinblick auf die genannten Themen. In Reihenfolge und Ausmaß der Besorgnis sind jedoch Unterschiede zwischen den beiden Regionen feststellbar.

An der Spitze der Sorgenliste liegt sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern nach wie vor die Sorge um die **Arbeitslosigkeit**. Während sich im Westen 28% beunruhigt fühlen, ist das Ausmaß der Besorgnis in den neuen Bundesländern mit 44% weiterhin erheblich höher. Beide Regionen zeigen sinkende Arbeitslosenquoten, aber auch hier liegt das Niveau im Osten noch weit über dem im Westen.

Auf Platz 2 rangiert sowohl im Osten als auch im Westen die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit 38% bzw. 26%. Dabei hat sich der Abstand aufgrund der entgegengesetzten Entwicklung zwischen beiden Regionen leicht verringert – die Bürger im Westen fühlen sich von der Preis- und Kaufkraftentwicklung offenbar etwas stärker betroffen als noch im Vorjahr (plus 2 Prozentpunkte).

Auf dem dritten und vierten Rang unterscheiden sich die beiden Landesteile, wenn auch nur auf geringem Niveau. Während im Westen die **Bildungspolitik** (17%) mit minimalem Abstand vor der Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** (16%) liegt, sind in den neuen Bundesländern diese beiden Themen vertauscht. Insbesondere die Bildungspolitik wird hier mit 14% derzeit etwas weniger kritisch betrachtet als im Westen. Um die wirtschaftliche Stabilität sorgen sich in den neuen Bundesländern 15% der Bürger.

Bei den Themen **Renten- und Altersversorgung** (Rang 5), **Armut** (Rang 6) und **soziale Sicherung** (Rang 7) „vereinen“ sich die beiden Landesteile – jedoch nur im Hinblick auf die Rangreihe. Denn während sich im Osten die Bürger in allen Bereichen weniger besorgt zeigen als im Vorjahr, nimmt die Besorgnis in den alten Bundesländern leicht zu. Erstmals zeigen sich Bürger aus Westdeutschland in größerem Maße über die Armut und die soziale Sicherung (je 13%) besorgt als die Bürger im Ostteil des Landes (je 11%). Beim Thema Renten- und Altersversorgung trifft dies – fast ausnahmslos – schon seit der Wiedervereinigung zu.



Deutschland – zentrale Ergebnisse Nach Lebenswelten

Eine Betrachtung der Ergebnisse nach Lebenswelten der Bürger fördert unterschiedliche Wahrnehmungen der Themen zu Tage. Dies kann durch die verschiedenen sozioökonomischen Lebenssituationen der jeweiligen Lebenswelten erklärt werden.

Die **Arbeitslosigkeit** wird nicht mehr über alle Lebenswelten hinweg einhellig als die größte Herausforderung in Deutschland gesehen. Am besorgtesten zeigen sich in diesem Punkt Bürger aus der einfachen Lebenslage (42%), gefolgt von der mittleren sozialen Schicht und den Rentnern.

Außer den Bürgern in Ausbildung zeigen sich alle anderen Lebenswelten mit ca. 30% ähnlich hoch über die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft** besorgt.

Die **Bildungspolitik** – auf Gesamtebene betrachtet auf Rang 3 – wird von den Studierenden und Auszubildenden derzeit äußerst sorgenvoll betrachtet (40%) und rangiert auf Platz 1. Für die anderen Lebenswelten spielt dieses Thema – auch aufgrund der geringeren direkten Betroffenheit – eine weit unwichtigere Rolle (maximal Rang 4).

Weit weniger Unterschiede in der Betrachtung zeigen sich hinsichtlich der **wirtschaftlichen Stabilität**. Studierende (12%) und Bürger aus der einfachen Lebenslage (14%) zeigen sich am wenigsten beunruhigt, während sich Bürger aus der gehobenen sozialen Schicht die meisten Gedanken über dieses Thema machen (19%).

Über die **Renten** und die **Altersversorgung** sind naturgemäß am stärksten ältere Männer und Frauen im Ruhestand besorgt (21%). Für Auszubildende und Studierende hat dieses Thema – trotz der sicherlich häufigen Mahnung zur frühzeitigen privaten Altersvorsorge – noch eine geringe Relevanz (5%).

Die Themen **Armut** und **soziale Sicherung** kritisieren die Studierenden und Auszubildenden am wenigsten, gefolgt von den Bürgern aus einfacher Lebenslage, obwohl diese vermutlich eher davon betroffen sein dürften als andere Lebenswelten.

Generell erweist sich die gehobene soziale Schicht als stärker sensibilisiert für wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Themen. Im Durchschnitt nennen sie mehr **Probleme pro Person** als die anderen Lebenswelten (2,7 Nennungen vs. 2,5 Nennungen im Durchschnitt).



Deutschland – zentrale Ergebnisse Semantisches Netz

Für die deutschen Ergebnisse wurde wieder das semantische Netz anhand einer Clusteranalyse ermittelt. In der Grafik lassen sich vier verschiedene Informationen ablesen:

- Die Größe der Ellipsen gibt an, wie häufig ein Problem genannt wird.
- Der Abstand vom Mittelpunkt gibt an, wann ein Thema genannt wurde. Wenn also eine „Ellipse“ nah an der Mitte liegt, wird dieses Thema häufig zuerst genannt.
- Die Themen, die an einer Linie vom Mittelpunkt aus liegen und die sich überlappen bzw. zusammengehören, werden häufig zusammen genannt – sie bilden also eine gemeinsame Sorgenwelt.
- Ein Pfeil nach oben oder unten gibt an, ob die Relevanz eines Themas gegenüber 2011 signifikant gestiegen oder gesunken ist.

Wie in den Vorjahren gibt es wieder eine Sorgenwelt, die sich unter dem Begriff **Arbeitslosigkeit** zusammenfassen lässt. Diese befindet sich im Chart links unten und wird häufig gemeinsam mit den Schlagworten Euro-/Wirtschafts-/Finanz-/Bankenkrise oder wirtschaftlicher Aufschwung genannt.

Links oben gibt es eine weitere große Sorgenwelt, die sich unter den Stichworten **soziale Gerechtigkeit, Einkommen** und **Preise** zusammenfassen lässt. Dort positioniert sich auch das Thema **Lebensmittelkontrolle**, das in diesem Jahr signifikant häufiger genannt wurde als im Vorjahr. Dieses Ergebnis wird sicherlich durch den Pferdefleischskandal und die Aufdeckung falsch deklarerter Bio-Eier beeinflusst, die im Befragungszeitraum in Deutschland aktuell wurden.

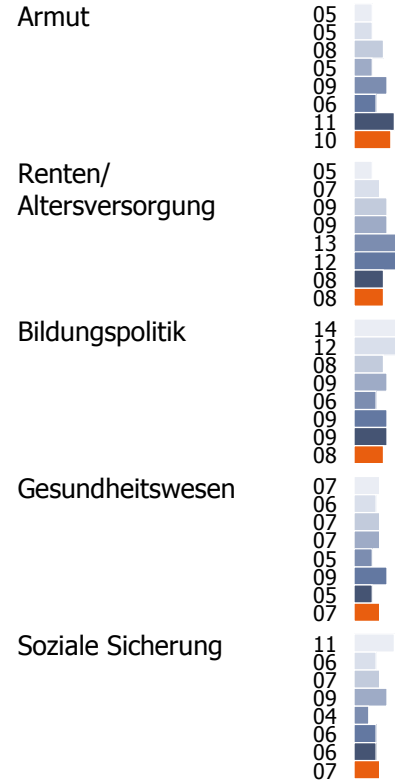
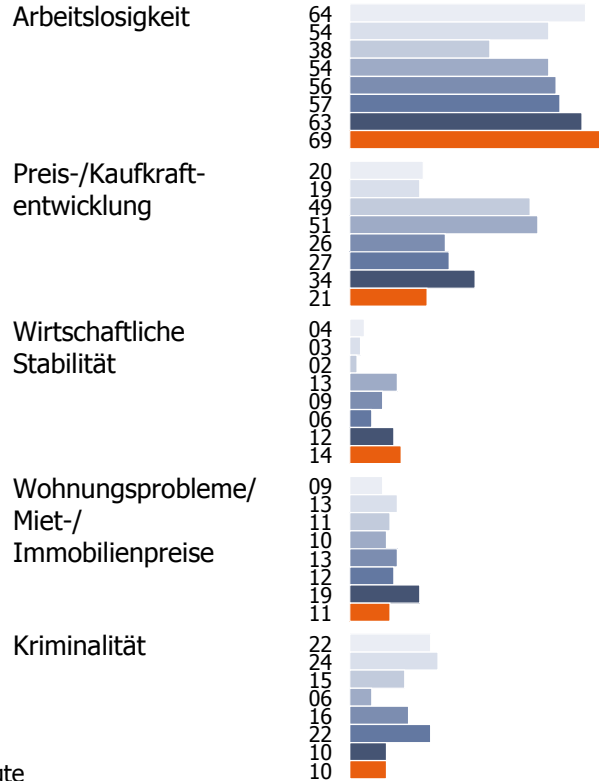
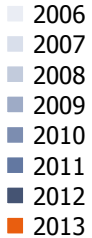
Im Uhrzeigersinn weiter rechts befindet sich eine Sorgenwelt, rund um das Thema **Armut**.

Am unteren rechten Rand ist in diesem Jahr als größere eigenständige Sorgenwelt die **Bildungspolitik** erkennbar, die auch das Thema **Familienpolitik** miteinschließt.

Zwischen den großen Themenfeldern gibt es noch mehrere kleinere Sorgenwelten, die sich um die Bereiche Umweltschutz und Energie, Integration von Ausländern, Politik und Steuern sowie jugendbezogene Themen drehen.

Die Herausforderungen in Frankreich 2013

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Frankreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2013: 1.007 Befragte

Frankreich – zentrale Ergebnisse (1)



In diesem Jahr ist die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** in Frankreich im Vergleich zu 2012 nochmals um 6 Prozentpunkte angestiegen. Mit aktuell 69% erreicht sie nun den höchsten Wert seit Studienbeginn vor zwölf Jahren und baut damit ihre Position als die mit Abstand größte Herausforderung des Landes weiter aus. Die Entwicklung der Arbeitsmarktsituation in den vergangenen Jahren zeigt, dass die Problemwahrnehmung der Franzosen sehr wohl begründet ist: So ist die Arbeitslosenquote laut OECD von 7,8% in 2008 auf 10,3% im Jahr 2012 angestiegen. Im Februar 2013 lag die Quote bei 10,8% und damit auf einem Niveau, das zuletzt Ende der 1990er Jahre gemessen wurde. Ökonomen befürchten zudem, dass sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr fortsetzen wird. Um dem entgegen zu wirken, hat Staatspräsident Hollande 2013 zum „Jahr der großen Schlacht für Arbeit“ erklärt. Anfang 2013 wurde von der sozialistischen Regierung ein entsprechender Gesetzentwurf für eine Arbeitsmarktreform verabschiedet, der noch vom Parlament gebilligt werden muss und eine Flexibilisierung des relativ starren französischen Arbeitsmarktes vorsieht, unter anderem durch die Einführung von Kurzarbeit und vereinfachte Entlassungen im Falle einer Konjunkturlaute.

Das Thema Arbeitslosigkeit stellt die Besorgnis der Franzosen um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**, die momentan um 13 Prozentpunkte auf 21% gesunken ist, derzeit in den Schatten. Dieses Ergebnis lässt sich zum einen durch die seit 2011 relativ stabile Inflationsrate erklären, die auch 2012 bei 2,0% lag. Zum anderen wurde der Mindestlohn in Frankreich zum 1. Juli 2012 zunächst um 2% und zum 1. Januar 2013 nochmals um 0,3% angehoben, wodurch zumindest für einen Teil der französischen Arbeitnehmer reale Einkommenseinbußen verhindert werden.

Hinsichtlich der **wirtschaftlichen Stabilität** ist die Besorgnis der Franzosen seit 2012 noch einmal um zwei Prozentpunkte auf 14% gewachsen. Dies ist angesichts des für 2013 von Eurostat prognostizierten Rückgangs des BIP um -0,4% nicht verwunderlich. Aufgrund der schwachen Wachstumsaussichten haben Ratingagenturen Frankreich bei der Bonitätsbestnote um eine Stufe herabgesetzt. Immerhin haben die Agenturen die Anstrengungen der Regierung zur Sanierung des Staatshaushaltes Ende Februar 2013 anerkennend gewürdigt – ob die Bevölkerung das auch so sehen wird, bleibt abzuwarten.

Frankreich – zentrale Ergebnisse (2)



Der Themenkomplex um **Wohnen** und **Miet-** bzw. **Immobilienpreise** ist im Vergleich zum Vorjahr vom dritten auf den vierten Platz abgerutscht (-8 Prozentpunkte). Im Moment sind nur noch 11% der Franzosen über dieses Thema besorgt. Die seit 2009 kontinuierlich ansteigenden Immobilienpreise und Mieten haben die neue sozialistische Regierung dazu veranlasst, Mieterhöhungen bei Verlängerungen von Verträgen und bei Neuvermietungen durch einen Mietspiegel zu begrenzen. Zudem ist geplant, langfristig die Anzahl der Neubauten sowie den Anteil an Sozialwohnungen in den Städten von 20% auf 25% zu erhöhen, um auch Geringverdienern und Studenten in den Ballungszentren erschwinglichen Wohnraum anbieten zu können. Möglicherweise haben diese Maßnahmen der Regierung auch dazu beigetragen, dass sich die Besorgnis über die **Obdachlosigkeit** wieder abgeschwächt hat. Letztes Jahr noch mit 8% unter den Top 10 vertreten, zeigen sich aktuell nur noch 2% der Franzosen über dieses Problem beunruhigt.

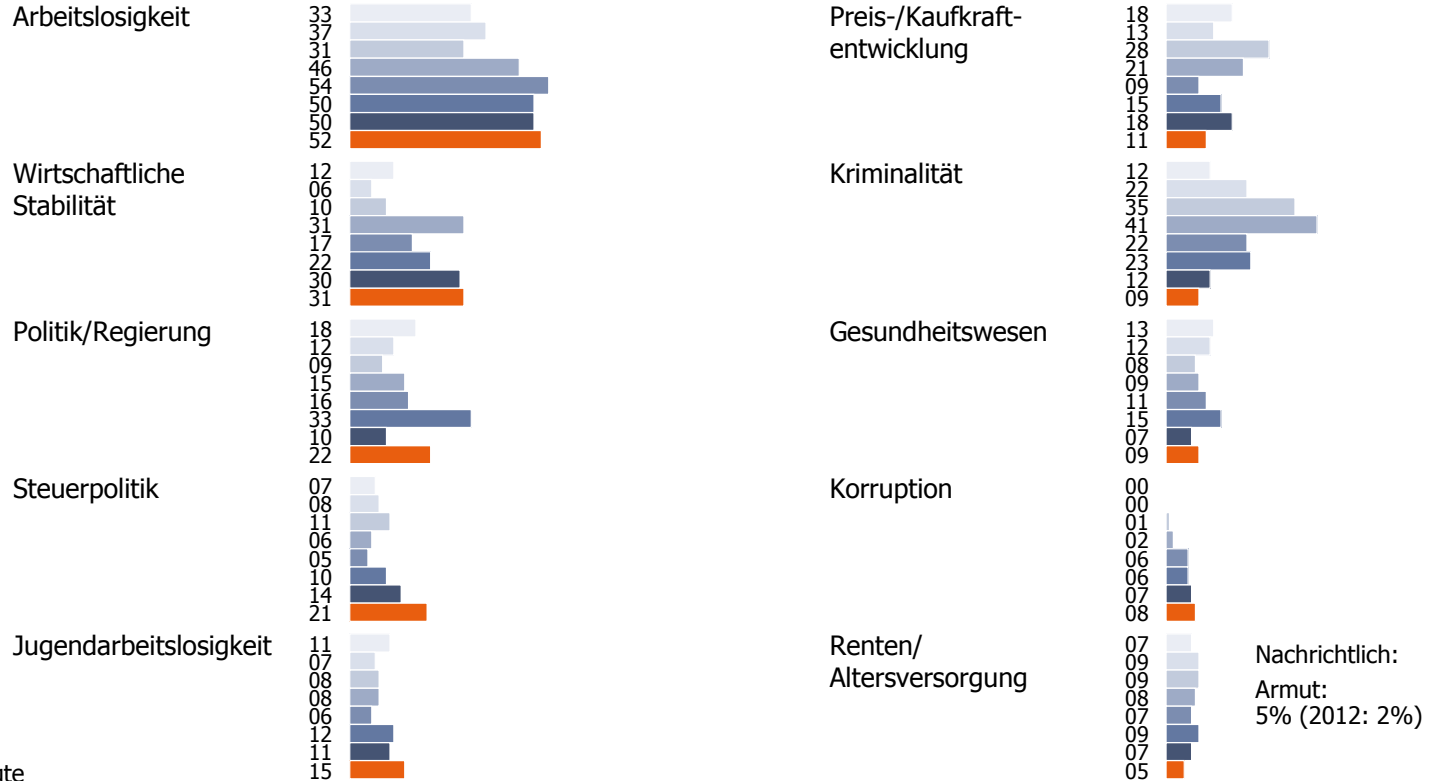
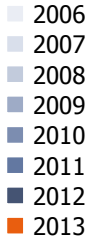
Eine verstärkte Bekämpfung der **Kriminalität** wünscht wie 2012 jeder zehnte Franzose, was in diesem Jahr Platz 5 der Rangliste bedeutet. Im Vergleich zu 2011 ist die Besorgnis

deutlich zurückgegangen, damals erschütterten schwere Ausschreitungen in den Banlieues das Land. Auch wenn zuletzt nicht das damalige Ausmaß erreicht wurde, kam es doch zu einigen gravierenden Vorfällen, wie etwa den Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und der Polizei im vergangenen Jahr in Amiens. Darüber hinaus wurde in den Medien über die hohe Kriminalität in Marseille – seit Januar 2013 Kulturhauptstadt Europas – und über 1.200 brennende Autos in der Silvesternacht berichtet. Dass solche Ereignisse nicht, wie oftmals üblich, zu größerer Besorgnis geführt haben, könnte an Innenminister Valls liegen. Er verfolgt das Ziel, für Sicherheit zu sorgen, und ist damit laut Medienberichten zum beliebtesten Politiker des Landes aufgestiegen.

Trotz der gestiegenen Arbeitslosenquote im Verlauf des Jahres 2012 bleibt die Sorge über die **Armut** relativ stabil, sie ist um einen Prozentpunkt auf 10% zurückgegangen. Dies könnte an dem Aktionsplan gegen Armut liegen, der im Dezember 2012 von Premierminister Ayrault angekündigt wurde: Um die Armut nachhaltig zu bekämpfen, sieht dieser eine Erhöhung der staatlichen Mindestsicherung und berufliche Eingliederungshilfen für Jugendliche ohne ausreichende Qualifikation vor.

Die Herausforderungen in Italien 2013

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Italien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:
Armut:
5% (2012: 2%)

Basis 2013: 1.000 Befragte



Italien – zentrale Ergebnisse (1)

Seit 2010 liegt die Besorgnis der Italiener um die **Arbeitslosigkeit** über 50% und steht auch aktuell weiterhin klar an der Spitze der zu lösenden Aufgaben (52%). Wie angespannt die Situation auf dem Arbeitsmarkt inzwischen ist, belegt ein Blick auf die Statistik: Die Arbeitslosenquote lag im Januar 2013 laut OECD bei 11,7%, was eine Steigerung um mehr als 2,5 Prozentpunkte im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat bedeutet. Die Entwicklung der Quartalszahlen in 2012, die von 10,0% im ersten Quartal kontinuierlich auf 11,2% im letzten Quartal gestiegen sind, verdeutlicht noch einmal die enorme Zunahme der Arbeitslosigkeit. Eine vergleichbar hohe Arbeitslosenquote wurde in Italien zuletzt Ende der 1990er Jahre registriert. Am stärksten betroffen von der kritischen Situation ist die Jugend, für die sich die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert hat: So erreichte die **Jugend-arbeitslosigkeit** laut OECD 2012 das Rekordniveau von 35,2% und ist seit 2007 um fast 15 Prozentpunkte angestiegen. Aufgrund dieser dramatischen Entwicklung ist es nicht erstaunlich, dass allein die Problemwahrnehmung der Bürger hinsichtlich der Arbeitslosigkeit junger Menschen innerhalb des

letzten Jahres um 4 Prozentpunkte ebenfalls auf ein Rekordniveau von 15% gestiegen ist. Das Themenfeld rückt damit im Vergleich zum Vorjahr um einen Platz vor und liegt nun an fünfter Stelle.

Die mit dem Arbeitsmarkt eng verzahnte **wirtschaftliche Stabilität** befindet sich in diesem Jahr erneut auf Platz 2 des Problemrankings. 31% der Italiener nennen die Konjunktur als ein dringend zu lösendes Problem. Dies stellt – neben dem Ergebnis aus dem Jahr 2009 – den höchsten Wert seit Studienbeginn dar. Die hohe Besorgnis der Bürger wird nachvollziehbar, wenn man die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im vergangenen Jahr betrachtet: Laut Eurostat schrumpfte die italienische Wirtschaft in jedem der vier Quartale im Vorjahresvergleich, und zwar mit zunehmendem Tempo, d.h. um 1,3% im ersten bis um 2,7% im letzten Quartal 2012. Insgesamt weist die europäische Statistikbehörde für 2012 einen Rückgang von minus 2,4% aus. Im EU-Vergleich (ohne Griechenland) ist in derselben Zeitperiode nur das BIP von Portugal und Zypern stärker gesunken.



Italien – zentrale Ergebnisse (2)

Und auch die Prognosen deuten derzeit auf keine rosigere Zukunft hin: Für 2013 wird derzeit ein weiterer Rückgang der Wirtschaftsleistung von 1 Prozent erwartet – nachdem die Regierung unter Monti für 2013 anfangs noch ein Wachstum von 0,5 Prozent vorhergesagt hatte. Die Gründe für das Ausbleiben des Aufschwungs sehen Experten vor allem in dem umfassenden Reformprogramm, das Monti gleich zu Beginn seiner Amtszeit Ende 2011 durchsetzte. Allerdings gilt es dabei immer zu berücksichtigen, dass die angesprochenen Probleme auf die wirtschaftlich starken Regionen Oberitaliens deutlich weniger zutreffen als auf die Mitte und vor allem den Süden des Landes.

Der Rücktritt von Ministerpräsident Monti Ende vergangenen Jahres – nach nur 13 Monaten Amtszeit – und die dadurch notwendig gewordene vorgezogene Parlamentswahl im Februar 2013 ist vermutlich auch ein zentraler Grund für die Besorgnis der Italiener im Hinblick auf **Politik** und **Regierung**. 22% zeigen sich in diesem Punkt beunruhigt, was einer Zunahme von 12 Prozentpunkten entspricht. Ein Niveau, das seit Studienbeginn nur einmal im Jahr 2011 übertroffen wurde. Damals fand die Befragung zeitgleich mit der Abwehr des von der Opposition initiierten Misstrauensvotums gegen Berlusconi

statt. In diesem Jahr fiel die Neuwahl genau auf die letzten zwei Tage der Studienbefragung, mit einer entsprechenden Berichterstattung im Vorfeld der Wahl. So sorgte unter anderem Ex-Ministerpräsident Berlusconi für Verwirrung um seine Kandidatur. Aber nicht nur die hohe mediale Präsenz, sondern auch der harte Sparkurs, den Monti dem Land – auch mit dem kurz vor seinem Rücktritt beschlossenen Sparhaushalt für 2013 – verordnete, sorgte für Unmut im Volk. Das belegen auch die starken Verluste der Allianz Montis bei der Wahl, wie auch der spektakuläre Erfolg des Komikers Grillo, der mit seiner Protestpartei „Fünf Sterne“ drittstärkste Kraft wurde. Ob die Bürger in dem krisen-gebeutelten Land die politischen Verhältnisse im nächsten Jahr wieder gelassener beurteilen, hängt sicherlich in großem Maße vom Erfolg der neuen Regierung – erstmals einer großen Koalition – unter Führung von Ministerpräsident Enrico Letta ab.

Auch die **Steuerpolitik** ist noch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. 21% der Italiener – das sind 7 Prozentpunkte mehr als im letzten Jahr und der höchste Wert seit Studienbeginn – sehen derzeit die Steuerpolitik als eines der wichtigsten Themen des Landes. Das bedeutet aktuell Platz 4 im Sorgenranking.



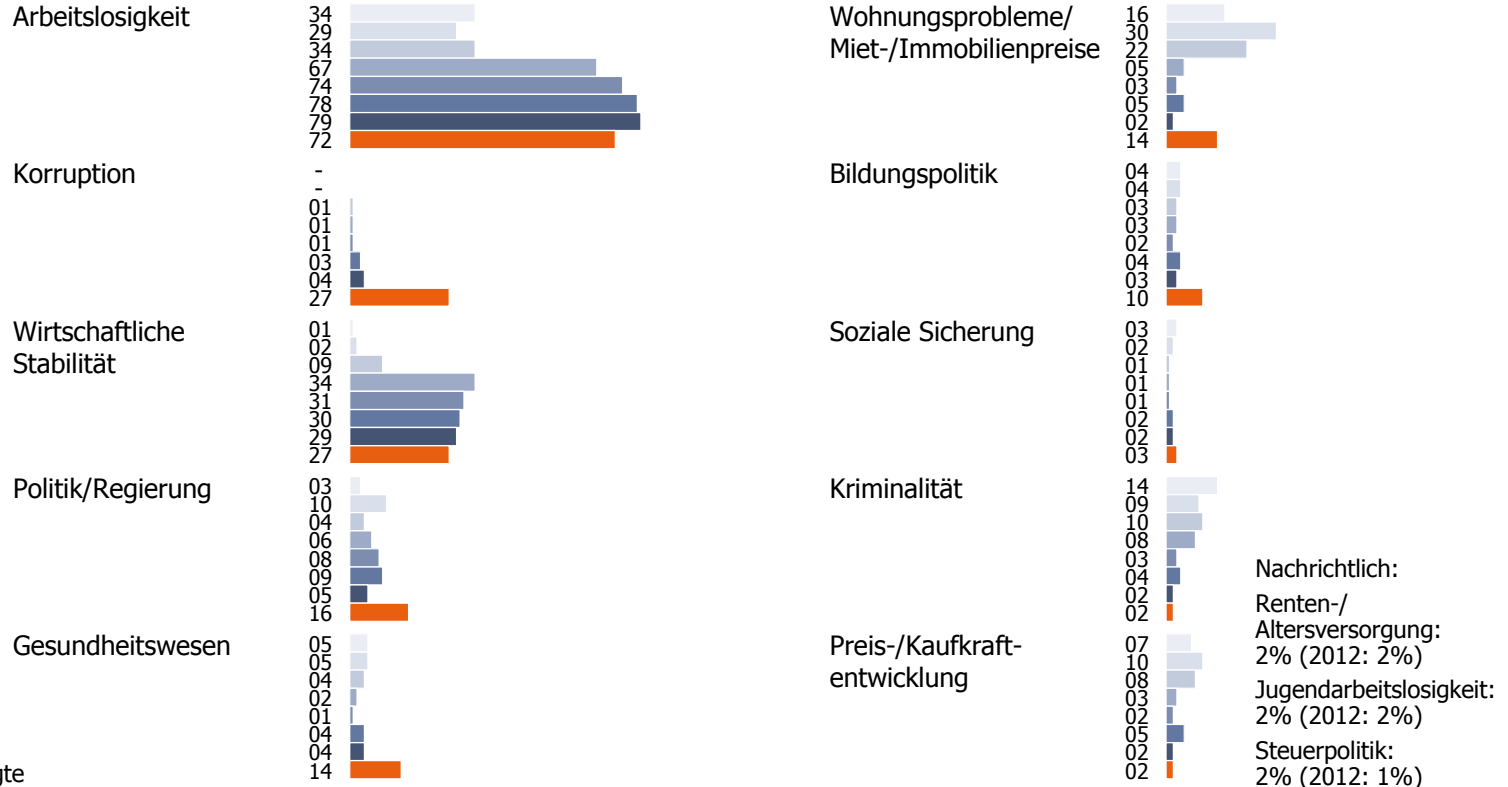
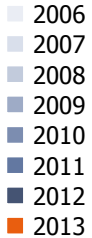
Italien – zentrale Ergebnisse (3)

Dieses Ergebnis ist nicht erstaunlich angesichts der Tatsache, dass Berlusconi im Wahlkampf versprochen hatte, die von Monti eingeführte und heftig umstrittene Gemeindeimmobiliensteuer (IMU) wieder abzuschaffen und den Bürgern die einbehaltenen Beträge komplett zurückzuerstatten. Da 80% aller Italiener Eigenheimbesitzer sind, handelt es sich dabei um eine geschätzte Gesamtsumme von 4 Milliarden Euro. Öl ins Feuer in der Debatte goss auch die EU, die Anfang Januar öffentlich die Abgabesteuer rügte und kritisierte, dass die Immobiliensteuer ein Wachstum der Armut bewirke. Möglicherweise steht auch der Anstieg der Sorge um die **Armut** von 2% im letzten Jahr auf aktuell 5% damit in Zusammenhang. Im Hinblick auf die gestiegene Sorge um die Steuerpolitik dürfte sicherlich auch das Mitte 2012 eingeführte Überwachungsprogramm „Serpico“ zur Aufdeckung von Steuerhinterziehungen die Gemüter der Italiener erhitzt haben. Das aus 2.000 Servern bestehende System überwacht alle Geldbewegungen auf Bankkonten und meldet Auffälligkeiten inklusive der Steuernummer. Zwar ist „Serpico“ schon seit einigen Jahren im Einsatz, aber erst das Gesetz „Rettet Italien“ des mittlerweile

zurückgetretenen Ministerpräsidenten Monti hat die weitreichende Geldtransferüberwachung des Staates ermöglicht. Ob dieses Überwachungssystem bestehen bleibt und ob es gelingt, damit die gängige Steuerhinterziehungspraxis – aktuell hinterzieht schätzungsweise jeder fünfte Italiener Steuern – tatsächlich einzudämmen, wird die Zukunft unter der neuen Regierung Letta zeigen.

Die Herausforderungen in Spanien 2013

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Spanien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:
 Renten-/ Altersversorgung:
 2% (2012: 2%)
 Jugendarbeitslosigkeit:
 2% (2012: 2%)
 Steuerpolitik:
 2% (2012: 1%)

Basis 2013: 1.004 Befragte

Spanien – zentrale Ergebnisse (1)



Die **Arbeitslosigkeit** steht – wie bereits seit dem Jahr 2009 – auch in diesem Jahr nicht überraschend auf Platz 1 der spanischen Sorgenliste. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote, die mit gut 26,3% im Februar 2013 ein historisches Hoch erreicht hat, zeigt, dass die Bedenken von 72% der Spanier nicht unbegründet sind. Aufgrund der anhaltenden schweren Rezession konnte die umfassende Arbeitsmarktreform, die im Frühjahr 2012 verabschiedet wurde, bislang noch keine positiven Impulse setzen. Der Rückgang um 7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2012 könnte darauf zurückzuführen sein, dass das Thema Arbeitslosigkeit von anderen aktuellen Themen, wie der Korruption und den anstehenden Sparmaßnahmen im Gesundheits- und Bildungssektor, in der Wahrnehmung der Bevölkerung derzeit etwas zurückgedrängt wird.

Denn die **Korruptionsproblematik** ist geradezu explosionsartig um 23 Prozentpunkte gestiegen und liegt mit 27% nun auf dem zweiten Platz. Dieser mit Abstand höchste Wert seit dem Erhebungsbeginn der Studie in Spanien vor 12 Jahren macht deutlich, wie stark die Korruptionsaffäre, in die die spanische Regierungspartei Partido Popular (PP) verwickelt ist,

die Spanier seit Januar 2013 erschüttert. Premierminister Rajoy und andere Spitzenpolitiker sollen über Jahre hinweg Schmiergelder erhalten haben, welche aus zweifelhaften Parteispenden stammen. Auch das spanische Königshaus wird schon länger mit Korruptionsvorwürfen in Verbindung gebracht: Der Schwiegersohn des spanischen Königs soll in seiner Funktion als Vorsitzender einer gemeinnützigen Stiftung Steuer- und Fördergelder veruntreut haben. Diese Vorwürfe wiegen schwer und bescheren Spanien neben der wirtschaftlichen nun auch noch eine politische Krise.

So hat sich diese Korruptionsaffäre auch negativ auf das Vertrauen der spanischen Bevölkerung in die **Politik** und die **Regierung** ausgewirkt. Haben sich im letzten Jahr nur 5% der Spanier besorgt über dieses Thema geäußert, so sind es dieses Jahr bereits 16% – ebenfalls der höchste Wert seit Beginn der Erhebung in Spanien. Das liegt vermutlich auch daran, dass zum Zeitpunkt der Befragung fast täglich neue Details über die spanischen Affären bekannt wurden, wie z.B. über die Bestechung der Gesundheitsministerin Mato oder den Abhörskandal in Katalonien.

Spanien – zentrale Ergebnisse (2)



Der Volkszorn ist groß, wie die landesweiten Massendemonstrationen belegen. Aktuelle Wählerumfragen bescheinigen der Regierungspartei, die beim Regierungswechsel im Jahr 2011 noch die absolute Mehrheit und das beste Ergebnis in der Geschichte der konservativen Volkspartei PP erzielen konnte, ein Rekordtief.

Mit ebenfalls 27% der Nennungen (2012: 29%) zeigt sich die spanische Bevölkerung besorgt über die **wirtschaftliche Stabilität** im Lande. Wenn auch seit dem Krisenjahr 2009 die Beunruhigung von Jahr zu Jahr leicht abnimmt, liegt sie im Ländervergleich noch immer auf einem sehr hohen Niveau – nur die Italiener sind noch besorgter. Das Ergebnis spiegelt klar die schlechte Wirtschaftslage wider, in der sich das Land seit 2009 befindet. Lag das Bruttoinlandsprodukt laut Eurostat damals noch bei einem Tiefstand von -3,7%, so sehen die prognostizierten Werte für 2012 und 2013 mit jeweils -1,4% etwas besser aus. Erst im Jahr 2014 soll die schwere Rezession mit einem Wirtschaftswachstum von 0,8% überwunden sein. Offensichtlich tragen die Sparmaßnahmen, mit denen die Politik fortwährend gegen die Wirtschaftskrise kämpft, erst mittelfristig Früchte. Im September 2012 verkündete die Regierung Rajoy ein strenges

Sparprogramm - das fünfte in neun Monaten. Unter anderem beinhaltet es massive Kürzungen im Kulturbereich und bei den Beamtengehältern. Ebenfalls Teil des Sparpakets ist ein „nationaler Reformplan“, der sowohl Strukturmaßnahmen umfasst als auch Wachstumsimpulse geben soll.

Auch der Gesundheits- und Bildungssektor bleibt von dem spanischen Sparkurs nicht verschont. Im April 2012 wurden drastische Einsparungen verkündet: Die Regierung verabschiedete dann im Mai 2012 Kürzungen in Höhe von 7 Milliarden Euro allein im Gesundheitswesen, das unter anderem Zuzahlungen zu Medikamenten und Behandlungen in der staatlichen Krankenversicherung vorsieht, wie auch Privatisierungen von Krankenhäusern und Gesundheitszentren. Ärzte und Krankenschwestern befürchten eine spürbare Verschlechterung der medizinischen Qualität und demonstrieren als „weiße Flut“ regelmäßig in Spaniens Großstädten gegen die Kürzungen. Auch der Bildungssektor ist mit 3 Milliarden Euro von den Einsparungen betroffen; unter anderem wurden höhere Studiengebühren, längere Arbeitszeiten für Lehrer und größere Schulklassen beschlossen.



Spanien – zentrale Ergebnisse (3)

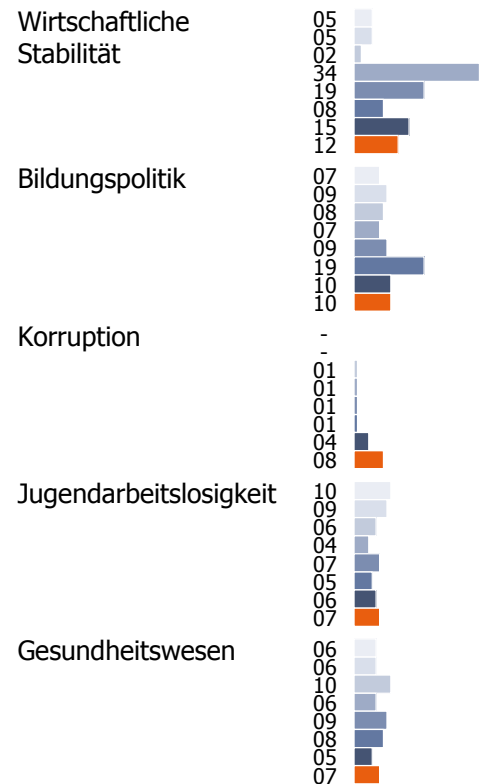
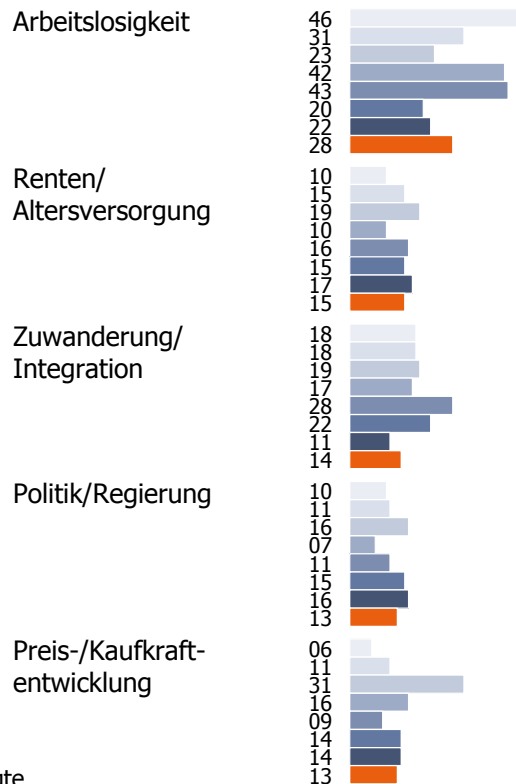
Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Sorge um das **Gesundheitswesen** von 4% auf 14% und die Besorgnis um die **Bildungspolitik** von 3% auf 10% gestiegen sind – das sind seit 2006 die höchsten gemessenen Werte.

Die Sorge der Spanier im Hinblick auf **Wohnungsprobleme, Miet- und Immobilienpreise** hat sich ebenfalls stark um 12 Prozentpunkte auf aktuell 14% erhöht, wodurch das Thema auf Platz 6 gestiegen ist. Der Hintergrund dieser Entwicklung könnte die seit dem Ausbruch der Krise steigende Zahl von nunmehr 400.000 Zwangsräumungen sein. Immer mehr Bürger in Spanien können ihre Immobilienkredite, z.B. aufgrund von Arbeitslosigkeit, nicht mehr zurückzahlen und sind gezwungen, ihre Wohnungen und Häuser zu verlassen und diese an die Banken zurückzugeben. Am Wochenende vor dem Befragungsbeginn gingen Bürger in 50 Städten auf die Straße und forderten eine soziale Wohnungspolitik. Sicherlich wird die Beunruhigung über die Wohnsituation durch solche aktuellen Ereignisse noch zusätzlich verstärkt.

Erwähnenswert bleibt, dass wie im Vorjahr lediglich 2% der Befragten das Thema **Jugendarbeitslosigkeit** nennen. Vermutlich ordnen viele Befragte dieses Thema dem übergeordneten Thema Arbeitslosigkeit zu. Denn entsprechend zur allgemeinen Arbeitslosenquote erreicht in 2012 auch die Jugendarbeitslosigkeit einen Rekordwert und übersteigt erstmals die 50%-Marke: 53,2% der unter 25-Jährigen waren laut Eurostat im Vorjahr arbeitslos gemeldet. Damit hat sich die Quote seit 2006 (17,9%) verdreifacht. Der Erfolg bisheriger Reformprogramme, wie etwa die Zahlung von Prämien bei der Neueinstellung Jugendlicher, bleibt vor diesem Hintergrund fraglich. Ob das jüngst im Februar 2013 beschlossene Milliardenhilfsprogramm mehr Erfolg hat, wird sich ebenfalls erst noch zeigen.

Die Herausforderungen in Österreich 2013

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Österreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2013: 1.000 Befragte



Österreich – zentrale Ergebnisse (1)

Die **Arbeitslosigkeit** steht, wie bereits im vergangenen Jahr, an der Spitze der österreichischen Sorgenliste. Nachdem die Sorge schon im vergangenen Jahr leicht gestiegen war, klettert der Wert noch einmal um 6 Prozentpunkte auf aktuell 28%. Wenn auch Österreich im Jahr 2012 im europäischen Vergleich mit 4,4% laut OECD die geringste Arbeitslosenquote aufwies, so ist die Arbeitslosenquote doch innerhalb eines Jahres von 4,1% im ersten Quartal 2012 auf 4,6% im letzten Quartal gestiegen. Im Februar 2013 betrug die Quote gar 4,8% und lag damit wieder auf demselben Niveau wie im Krisenjahr 2009. Unter diesen Voraussetzungen ist die gestiegene Sorge der Österreicher klar nachvollziehbar. In Anbetracht der allgemein konjunkturell angespannten Lage in Europa – speziell im Euroraum - erwartet der AMS für das aktuelle Jahr eine weitere Zunahme der Arbeitslosenzahlen, es ist also keine kurzfristige Besserung in Sicht.

Etwas weniger sorgenvoll als im Vorjahr blicken die Österreicher auf die **Renten** und die **Altersversorgung**. Die Beunruhigung sinkt um 2 Prozentpunkte auf 15% und verdrängt die im vergangenen Jahr akute Sorge um die Staatsfinanzen –

die 2013 nur noch Rang 14 belegt – von Platz zwei. Die Bürger scheinen zu ahnen, dass eine Rentenreform unabwendbar ist, denn Österreich ist nach der Ukraine und Italien das Land mit den höchsten Pensionsausgaben in Europa. Kürzungen bei den Frühpensionen und das ab 2014 geltende Pensionskonto sind kleine Reformschritte, die nach Expertenmeinung aber bei weitem nicht ausreichen werden. Aktuell ist nicht damit zu rechnen, dass es darüber hinausgehend tiefere Einschnitte geben wird. Im September 2013 finden die Nationalratswahlen statt und die Politiker werden es im Vorfeld vermeiden, ein solch heikles Thema anzugehen.

Ein weiteres ernstzunehmendes Thema sehen 14% der Österreicher in der **Zuwanderung** und der **Integration**. Nachdem sich die Besorgnis von 2011 auf 2012 halbiert hatte, steigt sie in diesem Jahr wieder leicht um drei Prozentpunkte an und belegt aktuell Platz 3. Für öffentliches Aufsehen sorgte der im Dezember 2012 von Flüchtlingen aus Afghanistan und Pakistan initiierte Hungerstreik um mehr Rechte für Asylsuchende.



Österreich – zentrale Ergebnisse (2)

Möglicherweise hat dieses Ereignis zeitnah zur Befragung die Sorge leicht angetrieben. Dass die Asylpolitik ein wichtiges nationales Thema ist, belegt auch ein Regierungsbeschluss vom Juni 2012: Anfang des Jahres 2013 nahm das neu geschaffene Bundesamt für Asyl und Fremdenwesen seine operative Arbeit auf. Inwieweit dies die Sorge um Zuwanderung und Integration eindämmen kann, wird sich zeigen. Vermutlich haben auch die in 2013 stattfindenden Landtags- und Nationalratswahlen einen Einfluss auf die Wahrnehmung und Diskussion dieses Themas.

Das damit verknüpfte Themenfeld um **Politik** und **Regierung** landet mit 13% knapp dahinter auf Platz 4. Die Sorge hat gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozentpunkte nachgelassen. Dies ist erstaunlich, da sich die Kritik – wie die Befragungszeitreihe zeigt – üblicherweise bis zum Wahljahr sukzessive steigert. Die im September bevorstehende Nationalratswahl und die „heiße Wahlkampfphase“ sind vermutlich zeitlich aber noch zu weit entfernt, als dass diese die Wahrnehmung der Bürger in größerem Maße beeinflussen würden.

Die Besorgnis um die **Preis-/Kaufkraftentwicklung** hat sich seit 2011 kaum verändert und liegt aktuell bei 13% (-1 Prozentpunkt). Zwar ist die Inflationsrate von 3,3% in 2011 auf 2,5% in 2012 gesunken, doch noch im Januar dieses Jahres lag die Teuerung bei 2,6%. Selbst die optimistischen Prognosen der Österreichischen Nationalbank (OeNB), die für die nächsten zwei Jahre einen Rückgang der Inflationsrate auf unter 2% vorhersagen, können den Bürgern offenbar nicht ihre Sorge nehmen. Preistreiber sind vor allem Miet- und Energiekosten sowie Nahrungsmittel. Diese Ausgabenfallen fallen regelmäßig an und spielen für die Inflationswahrnehmung daher eine wichtige Rolle.

Auf dem sechsten Platz der Sorgenliste befindet sich mit 12% der Nennungen die **wirtschaftliche Stabilität**, die im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozentpunkte abgenommen hat. In der Tat entwickelte sich das BIP in 2012 positiv: Laut Berechnung von Eurostat wuchs das BIP im Vergleich zum Vorjahr um 0,8% und auch die Prognosen für 2013 und 2014 liegen mit 0,7% bzw. 1,9% über dem europäischen Durchschnitt.

Österreich – zentrale Ergebnisse (3)



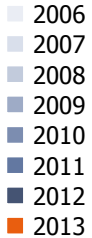
Auch die Verbesserung des Ausblicks der Ratingagentur Standard & Poor's von negativ auf stabil deutet darauf hin, dass die wirtschaftliche Lage in Österreich als robust angesehen wird.

Ganz im Gegensatz dazu steht die wachsende Aufmerksamkeit, die der **Korruption** zuteil wird. Erstmals landet dieser Punkt unter den Top 10 und liegt mit 8% nun auf dem achten Platz, womit sich das Vorjahresniveau glatt verdoppelt hat. Untermauert wird diese Entwicklung vom Corruption Perception Index (CPI), der das wahrgenommene Korruptionsniveau in einem Land angibt. Lag Österreich im weltweiten Ranking 2010 und 2011 noch auf Platz 15 bzw. 16, so ist es im aktuellen Ranking auf Platz 25 abgerutscht. Mit ein Grund für den verschlechterten CPI könnte der Skandal um Ex-Innenminister Strasser sein, der Anfang 2013 der Bestechung schuldig gesprochen wurde. Aber die Liste von Korruptionsskandalen, die die Gemüter seit der letzten Befragung erhitzt haben, lässt sich weiter fortsetzen. Dementsprechend hat die Politik mit dem Transparenzpaket sowie einem verschärften Korruptionsstrafrecht Maßnahmen ergriffen, um dem Problem zu begegnen. Es

bleibt abzuwarten, ob mit den neuen Gesetzen das Vertrauen in die Politik zurückgewonnen werden kann.

Die Herausforderungen in Großbritannien 2013

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Großbritannien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Arbeitslosigkeit

05
02
04
20
16
21
29
24

Zuwanderung/
Integration

23
27
31
14
25
14
16
24

Wirtschaftliche
Stabilität

02
01
07
43
21
19
22
19

Gesundheitswesen

33
22
11
07
10
10
13
17

Soziale Sicherung

03
02
03
03
06
04
06
10

Kriminalität

25
33
27
19
19
14
12
10

Bildungspolitik

15
15
08
08
11
12
07
09

Preis-/Kaufkraft-
entwicklung

06
03
13
05
03
14
07
08

Politik/Regierung

12
11
07
08
17
13
09
06

Wohnungsprobleme/
Miet-/Immobilienpreise

05
11
11
07
05
05
07
05

Nachrichtlich:
Altersfürsorge:
5% (2012: 2%)
Jugendarbeitslosigkeit:
5% (2012: 5%)

Basis 2013: 1.056 Befragte

Großbritannien – zentrale Ergebnisse (1)



Wie in den beiden Vorjahren auch nennen die Briten die **Arbeitslosigkeit** als die wichtigste Aufgabe, die es im Land zu lösen gilt. Die Besorgnis ging zwar im Vergleich zu 2012, als die Sorge ihren bisherigen Höchststand erreichte, um 5 Prozentpunkte auf aktuell 24% zurück, hat aber verglichen mit den Ergebnissen von vor 2009 immer noch eine sehr hohe Dringlichkeit. Die leichte Entspannung hinsichtlich der Thematik spiegelt die aktuelle Entwicklung auf dem britischen Arbeitsmarkt wider: Trotz des massiven Stellenabbaus im öffentlichen Dienst ging die Arbeitslosenquote im Verlauf des Jahres 2012 kontinuierlich auf 7,7% im vierten Quartal zurück. In der Öffentlichkeit wird dies jedoch kritisch gesehen, da der Rückgang der Arbeitslosigkeit offenbar zu einem großen Teil auf der Zunahme von (geringer bezahlter) Teilzeitarbeit basiert.

Mit einem Anstieg von 8 Prozentpunkten auf derzeit 24% belegt das Thema **Zuwanderung** und **Integration** 2013 den zweiten Platz der britischen Sorgenliste (2012: Platz 3). Die schwankenden Werte im Ranking der vergangenen Jahre zeigen, dass die Zuwanderung in Großbritannien ein brisantes Thema ist,

das immer stark durch die jeweiligen aktuellen Ereignisse beeinflusst wird. Da der Einwanderungssaldo 2012 auf 163.000 (2011: 247.000) Personen zurückging, liegt der Anstieg der Sorge vermutlich in der Öffnung des britischen Arbeitsmarktes für die neuen EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien begründet. Die britische Regierung hatte den Arbeitsmarkt zwar bereits 2004 für Menschen aus den damaligen acht mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten geöffnet, aber ab 2014 haben auch Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien das Recht, uneingeschränkt in Großbritannien zu leben und zu arbeiten. Dieses Thema beschäftigt aber bereits jetzt die Regierung und die Öffentlichkeit in hohem Maße.

Die Sorge der Briten in Bezug auf die **wirtschaftliche Stabilität** hat im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozentpunkte auf aktuell 19% abgenommen und ist gleichzeitig vom zweiten auf den dritten Platz gerückt. 2012 war für das Vereinigte Königreich mit Ausnahme des dritten Quartals, welches durch die Olympischen Spiele im Sommer einen Auftrieb erhielt, kein gutes Jahr. Das BIP stieg nur leicht um 0,3%.

Großbritannien – zentrale Ergebnisse (2)



Im Februar 2013 entzog die Ratingagentur Moody's dann dem Land die Bonitätsbestnote. Möglicherweise haben die besseren Aussichten für 2013 und 2014 mit Wachstumsprognosen bis 1,1% die Bürger wieder etwas beruhigt.

Ebenso wie im letzten Jahr betrachten die Briten das **Gesundheitswesen** als die viertwichtigste Herausforderung, wobei der Anteil der besorgten Bürger um 4 Prozentpunkte auf aktuell 17% angestiegen ist. Da sich die Hälfte der Nennungen explizit auf den Nationalen Gesundheitsdienst (NHS) bezieht, könnte die zunehmende Besorgnis primär auf die im März 2012 vom Unterhaus verabschiedete Reform des NHS zurückzuführen sein. Um Personal im Gesundheitswesen einsparen zu können, wurden die lokalen und regionalen Gesundheitsbehörden im Zuge der Reform abgeschafft und die Position der Hausärzte wurde gestärkt. Letztere arbeiten nun in lokalen Ausschüssen und haben die Möglichkeit, Gesundheitsdienstleistungen von privaten Anbietern einzukaufen. Diese Teilprivatisierung wird von Ärzteverbänden und Gewerkschaften heftig kritisiert, da der dadurch forcierte Preiswettbewerb letztendlich zu Lasten der Patienten

geht – eine Diskussion, die zu einer höheren Sensibilisierung der Bevölkerung für dieses Thema geführt hat.

Auch die **soziale Sicherung** wird 2013 kritischer gesehen als im Vorjahr, so dass sich inzwischen jeder zehnte Brite deswegen besorgt zeigt (+4 Prozentpunkte) – der höchste Wert seit Studienbeginn im Jahr 2001. Auffällig ist, dass sich explizit 7% der Befragten eine gerechtere Sozialpolitik und einen Stopp des Sozialabbaus wünschen. Allerdings hat die britische Regierung angesichts der schwierigen Haushaltssituation weitere Sparmaßnahmen angekündigt: So werden ab April 2013 alle Sozial(hilfe)leistungen zu einer einzigen Leistung zusammengefasst („universal credit“), was zu erheblichen Kürzungen der staatlichen Bezüge führen wird. In diesem Zusammenhang wird auch die Besorgnis der Briten in Bezug auf die **Altersfürsorge** verständlich, die ebenfalls von 2% auf 5% angestiegen ist. Die staatliche Rente hat in Großbritannien lediglich die Funktion einer Grundsicherung mit einer Basisrente, weswegen der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge eine wichtige Rolle zukommt.

Großbritannien – zentrale Ergebnisse (3)

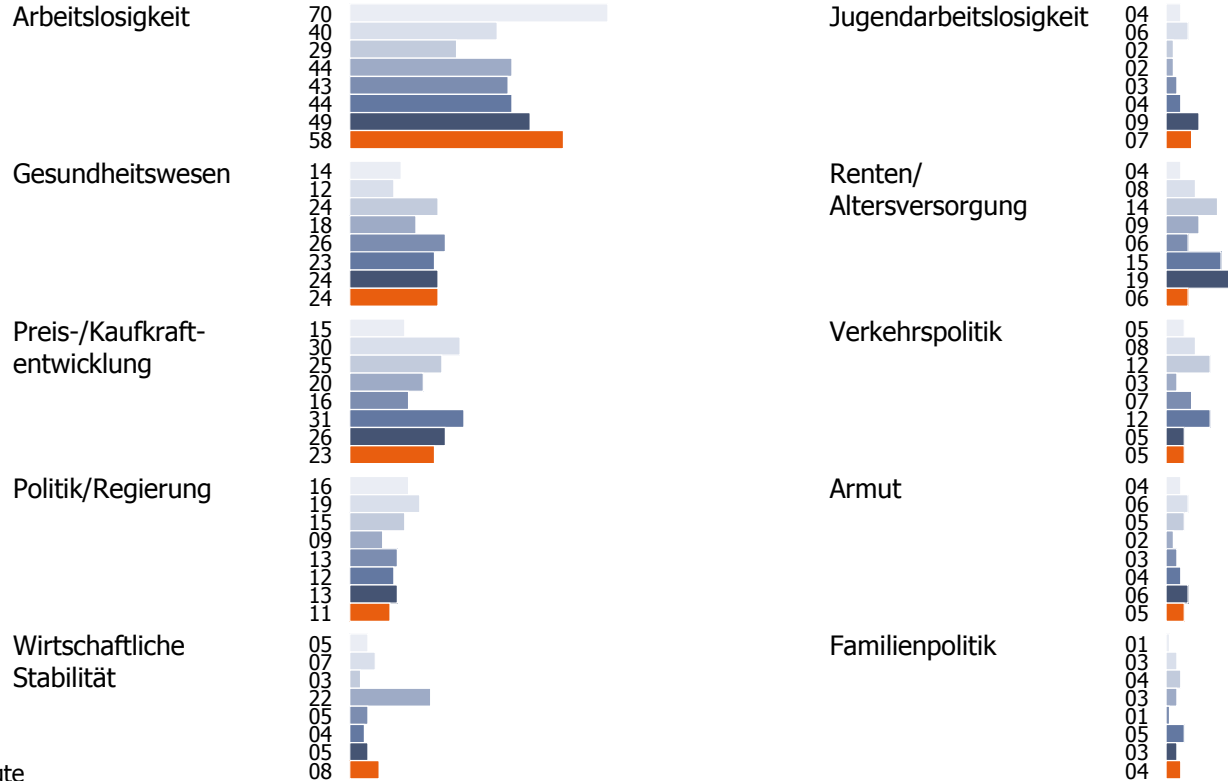
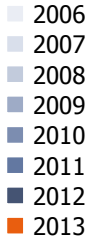


Damit sich alle Arbeitnehmer für das Alter ausreichend absichern, wurde im Oktober 2012 die kapitalgedeckte Zusatzversicherung „Automatic Enrolment“ eingeführt, welche alle Beschäftigten ab einem Jahreseinkommen von 8.105 Pfund automatisch zur betrieblichen Altersvorsorge anmeldet. Noch besteht in der Bevölkerung aber viel Unsicherheit zum Beispiel darüber, wie die Abzüge zur Altersvorsorge angelegt werden.

Die Sorge um die **Kriminalität** dagegen geht auch 2013 weiter zurück und liegt aktuell bei nur noch 10%. Zusammen mit Frankreich und Belgien steht die Besorgnis der Briten über die innere Sicherheit im europäischen Vergleich aber an der Spitze. Der vermutlich islamistisch motivierte Anschlag auf einen Soldaten in London im Mai 2013 dürfte die Beunruhigung über die Kriminalität in Großbritannien aber wieder steigen lassen.

Die Herausforderungen in Polen 2013

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Polen zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2013: 1.000 Befragte

Polen – zentrale Ergebnisse (1)



Die **Arbeitslosigkeit** stellt auch 2013 die größte Herausforderung für die Polen dar. Die Besorgnis wächst seit 2010 und liegt aktuell bei 58%. Die Wahrnehmung der Bevölkerung korrespondiert hierbei mit der tatsächlichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote, die laut OECD 2010 und 2011 noch bei 9,7% lag, stieg auf 10,1% in 2012 und erreichte im Februar 2013 bereits 10,6%. Analog stieg auch die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen auf 26,5% in 2012 an und setzte so den seit 2008 stetig wachsenden Trend fort.

Auf das Thema **Jugendarbeitslosigkeit** blicken die Polen etwas weniger sorgenvoll als noch im Vorjahr. Nach 9% in 2012 sehen hier aktuell 7% der Bürger Handlungsbedarf. Der leichte Rückgang der Sorge könnte darin begründet sein, dass die polnische Regierung der hohen Jugendarbeitslosigkeit im Februar 2012 den Kampf angesagt hat: Das Arbeitsministerium hat einen Plan ausgearbeitet, der die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen und Mobilitätszuschüsse sowie Prämien für Arbeitgeber vorsieht, die Jugendliche einstellen.

Vom dritten Rang auf die zweite Stelle der polnischen Sorgenliste hat sich mit unverändert 24% das **Gesundheitswesen** vorgeschoben. Damit bleibt das Thema in der Wahrnehmung der Bürger seit dem Jahr 2008 nahezu konstant präsent. Damals wurden erstmalig Pläne zur Privatisierung des Gesundheitswesens vorgelegt und die Diskussionen dazu halten an. Anfang 2012 trat eine Gesundheitsreform in Kraft, die offenbar Verschlechterungen der Versorgung sowie der Arbeitsbedingungen für Krankenschwestern und Ärzte zur Folge hatte. Im Oktober 2012 verkündete Gesundheitsminister Arlukowicz, das System des Nationalen Gesundheitsfonds (NFZ) dezentralisieren zu wollen. Das NFZ genießt in Polen einen schlechten Ruf. Patienten müssen lange Wartezeiten in Kauf nehmen, immer wieder gibt es Skandale, die Kritiker auf die Struktur und Unterfinanzierung des Systems zurückführen. Offen bleibt, ob die Umgestaltung des NFZ auch für die Bürger zu Entlastungen bzw. Verbesserungen führen wird.



Polen – zentrale Ergebnisse (2)

Auf Platz 3 folgt mit nur geringem Abstand die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft**. Zwar ist die Besorgnis nochmals um 3 Prozentpunkte auf derzeit 23% gesunken, das Niveau ist aber immer noch beträchtlich. Die etwas positivere Stimmung der Polen liegt möglicherweise im Rückgang der Inflationsrate von 4,2% in 2011 auf nur noch 3,6% in 2012 begründet. Im Februar 2013 sank der harmonisierte Inflationsindex dann sogar auf 1,2% und lag damit unter dem EU-Durchschnitt von 2,0%. Möglicherweise hat aber der erste Reallohnrückgang seit 20 Jahren – dieser ist 2012 gegenüber 2011 um 0,1% gesunken – die Erleichterung der Bürger geschmälert. Denn der Anteil derjenigen, die explizit höhere Löhne und eine gerechtere Einkommensverteilung fordern, ist von 12% auf aktuell 14% gestiegen.

Auch im Hinblick auf das Thema **Politik und Regierung**, das den vierten Platz des Rankings belegt, sind die Sorgen der Polen von 13% in 2012 auf 11% etwas gesunken. Ministerpräsident Tusk, der als erster Amtsträger bei den Parlamentswahlen im Herbst 2011 für eine zweite Amtszeit

bestätigt wurde, musste seitdem mehrere Herausforderungen bewältigen. So setzte er – auch gegen heftigen Widerstand – Reformen im Gesundheits- und Rentensystem durch. Dass aufgrund dieser unpopulären Einschnitte die Besorgnis der Polen nicht gestiegen ist, könnte auch am Inhalt der Regierungserklärung vom Oktober vergangenen Jahres liegen. In dieser verkündete Tusk den Abschied vom europäischen Sparkurs, den er bisher als Krisenbewältigungsmittel mitgetragen hatte, und versprach bis zu 200 Millionen Euro für die Förderung der polnischen Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen bereitzustellen. Die Vertrauensfrage direkt im Anschluss konnte er zu seinen Gunsten entscheiden.

Zunehmend kritisch sehen die Polen das Thema **wirtschaftliche Stabilität**. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Besorgnis um 3 Prozentpunkte auf 8% angestiegen, das bedeutet Platz 5 der Sorgenliste. Polen war im Krisenjahr 2009 das einzige EU-Land, das – auch aufgrund seiner vergleichsweise geringeren Exportabhängigkeit – durchgängig ein robustes Wachstum aufwies und so ein Abgleiten in die Rezession verhindern konnte.



Polen – zentrale Ergebnisse (3)

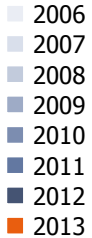
Doch im Jahr 2012 ist laut Eurostat das BIP nur noch um 2% gewachsen, der EU-Durchschnitt lag mit -0,3% allerdings deutlich niedriger. Und für 2013 wird ein weiterer Rückgang des Wachstums auf 1,2% prognostiziert. In engem Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung sehen Experten die wachsende Arbeitslosigkeit und den steigenden „Braindrain“, also die Abwanderung gut ausgebildeter Arbeitskräfte in das Ausland. Beides, so wird befürchtet, könnte die für Polen so wichtige Binnennachfrage hemmen. Es bleibt abzuwarten, ob die von Eurostat erwartete Belebung der Wirtschaft in 2014 tatsächlich zum Tragen kommen wird.

Die Besorgnis der Polen über die **Renten und Altersversorgung** ist hingegen spürbar um 13 Prozentpunkte auf 6% zurückgegangen und liegt damit nur noch auf dem 7. Platz des Rankings (Platz 4 in 2011/2012). Zur Entspannung hat sicherlich die im Mai 2012 verabschiedete Rentenreform beigetragen, die im Vorfeld für heftige Diskussionen unter den Oppositionsparteien und den Gewerkschaften sorgte. Auch das polnische Volk äußerte seinen Unmut und ging zu

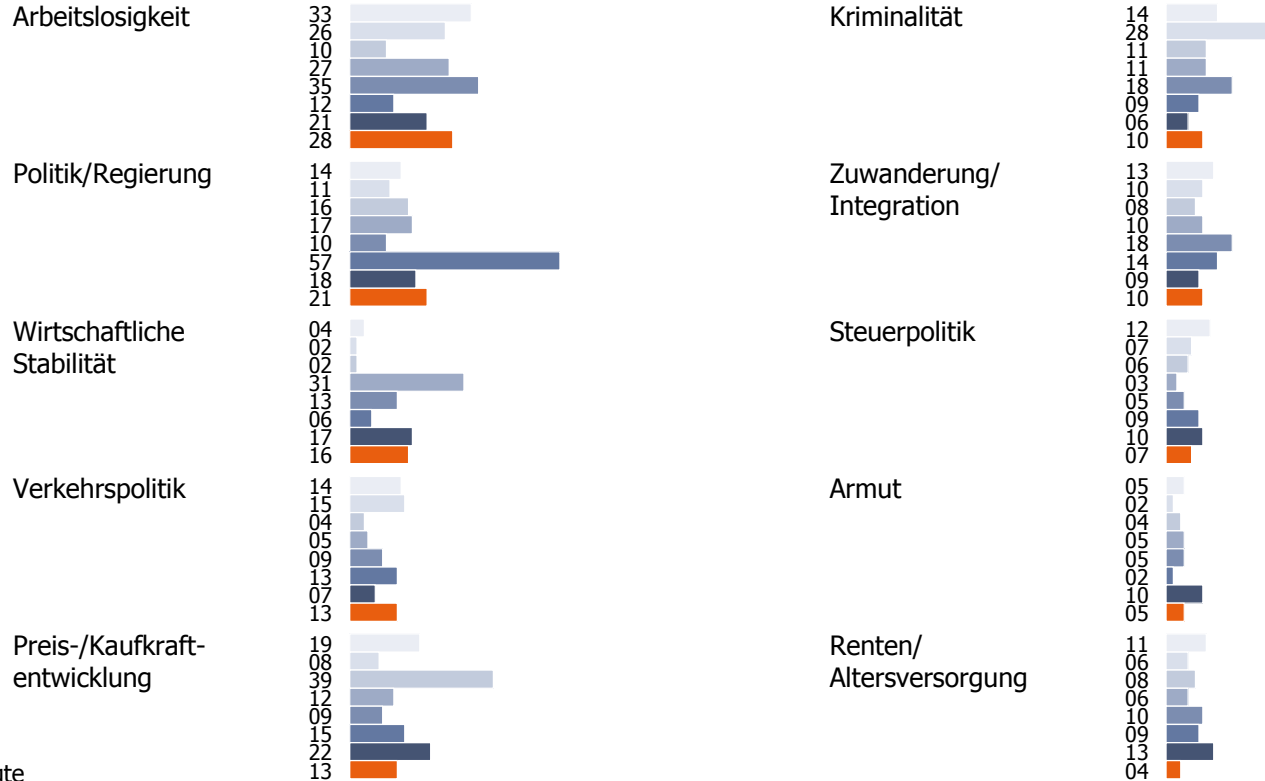
Massendemonstrationen auf die Straße. Das neue Gesetz sieht vor, das Renteneintrittsalter ab 2013 für Männer von derzeit 65 Jahren und Frauen von derzeit 60 Jahren schrittweise auf 67 Jahre anzuheben. Jedoch soll weiterhin die Möglichkeit bestehen, für Männer ab dem 65. und für Frauen ab dem 62. Lebensjahr in Rente zu gehen, allerdings mit Abschlägen. Nach der Unterzeichnung dieser Neuregelung der Altersversorgung durch Staatspräsident Komorowski im Juni 2012 flaute die kontrovers geführte Diskussion um dieses Thema wieder ab. In den Monaten danach hat dann auch die Besorgnis der Bürger in dieser Hinsicht stark nachgelassen.

Die Herausforderungen in Belgien 2013

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Belgien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2013: 1.005 Befragte



Belgien – zentrale Ergebnisse (1)



Die Belgier nehmen die **Arbeitslosigkeit** in diesem Jahr als noch größeres Problem wahr als Anfang 2012. Mit aktuell 28% der Nennungen liegt das Thema nun auf Platz 1 (+7 Prozentpunkte). Tatsächlich nimmt die Arbeitslosigkeit zu: Laut OECD ist die Arbeitslosenquote von 7,2% in 2011 auf 7,6% in 2012 gestiegen, und für 2013 erwartet die Belgische Nationalbank sogar einen Anstieg auf 8,1%. Eng verknüpft mit der Sorge um die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist die Einschätzung zur **wirtschaftlichen Stabilität** des Landes: Immerhin 16% der Bürger sind besorgt über die Wirtschaftskraft, was Platz 3 im Problemranking bedeutet. Als Exportland ist Belgien stark abhängig von den weltwirtschaftlichen Entwicklungen, vor allem in den europäischen Ländern. Die Rezession im Euroraum hat dazu geführt, dass Firmenpleiten und Stellenverluste in Belgien im letzten Jahr deutlich angestiegen sind. Mit der Schließung des Ford-Werkes in Genk Ende 2014 steht ein weiterer umfangreicher Stellenabbau bevor. Hinzu kommen im Ländervergleich hohe Lohnstückkosten, die die Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich einschränken. Dementsprechend ist das BIP 2012 um 0,2% gesunken und für 2013 wird ein

weiteres Minus von 0,5% prognostiziert. Auch in naher Zukunft ist bei beiden Themen nicht mit Entspannung zu rechnen.

Auf Platz 2 der größten Herausforderungen Belgiens liegt das Thema **Politik/Regierung**. Nachdem die Besorgnis 2012, als nach 20 Monaten doch noch eine Regierung gebildet werden konnte, von 57% auf 18% gesunken ist, zeigt sich in diesem Jahr wieder ein leichter Anstieg auf 21%. Dies könnte daran liegen, dass der permanent schwelende Konflikt zwischen Flamen und Wallonen im Herbst 2012 bei der Kommunalwahl erneut aufgeflammt ist. Die „Neue Flämische Allianz“ (N-VA) unter de Wever, dem neuen Bürgermeister Antwerpens, konnte die Wahl mit der Forderung nach einer Abspaltung Flanderns deutlich für sich entscheiden. Offenbar distanzieren sich immer mehr Flamen von den jährlichen Transferleistungen in die wirtschaftlich schwächere Wallonie und unterstützen daher die politischen Ziele der nationalistischen N-VA. Doch die Bürger sehen auch Verbesserungsbedarf bei der Justiz, was im Kontext der Kritik an der politischen Führung in diesem Jahr erstmalig von 5% der Befragten explizit genannt wurde.



Belgien – zentrale Ergebnisse (2)

Vermutlich steht die Unmutsäußerung über die Arbeit der Justiz vor allem in Zusammenhang mit dem Fall Dutroux: Bereits im August 2012 kam die Komplizin und Ex-Frau des Sexualstraftäters vorzeitig aus der Haft frei. Anfang dieses Jahres hat nun auch Dutroux selbst einen Antrag auf vorzeitige Haftentlassung gestellt, was große Empörung im Land auslöste. Besonders die Justizministerin Turtelboom ist in den Fokus der öffentlichen Kritik gerückt, da sie nach der Freilassung Martins strengere Regeln bei vorzeitigen Haftentlassungen angekündigt, diese aber nicht konsequent umgesetzt hatte. Der Fall Dutroux ist als eines der wohl schrecklichsten Verbrechen in die Geschichte Belgiens eingegangen und könnte daher auch für die wachsende Sorge über die **Kriminalität** mitverantwortlich sein. In diesem Jahr liegt das Thema mit 10% und einem Anstieg um vier Prozentpunkte auf Platz 6. Der Fall Dutroux ist aber nicht der einzige, der die Gemüter bewegt: Auch der Mord an einem Mitarbeiter der Brüsseler Verkehrsbetriebe im April letzten Jahres könnte die öffentliche Wahrnehmung sensibilisiert haben. Der Angestellte wurde getötet, nachdem er einen Verkehrsunfall aufnehmen wollte. Dies löste landesweit eine intensive Debatte um die öffentliche Sicherheit aus. Massive Proteste und Streiks

der Angestellten der Brüsseler Verkehrsbetriebe veranlassten den Innenminister letztlich dazu, zusätzliche Polizisten für die Hauptstadt sowie generell die Beschäftigung von mehr Sicherheitspersonal in Aussicht zu stellen.

Als viertgrößtes Problem sehen die Belgier die **Verkehrspolitik**. Nach 7% im letzten Jahr machen sich derzeit 13% Gedanken darüber. Die seit Jahren anhaltende Diskussion über die Einführung einer Maut für das gesamte Straßennetz, könnte eine Ursache für die relativ hohe Problemwahrnehmung in diesem Bereich sein. Zunächst sollten nur ausländische Fahrzeuge mit der Maut belegt werden, was aber nach europäischem Recht nicht zulässig ist und von der EU untersagt worden wäre. Gescheitert ist die Maut-Einführung zum 1. Januar 2013 nun offiziell aus technischen Gründen, Gerüchten zufolge konnten aber die Verwaltungsbezirke Region Brüssel und Flandern keine Einigung bei der Maut erzielen. Offensichtlich kommt der Konflikt zwischen den belgischen Volksgruppen auch in der Verkehrspolitik zum Tragen. Die Einführung einer Mautpflicht wurde nun auf 2016 verschoben.

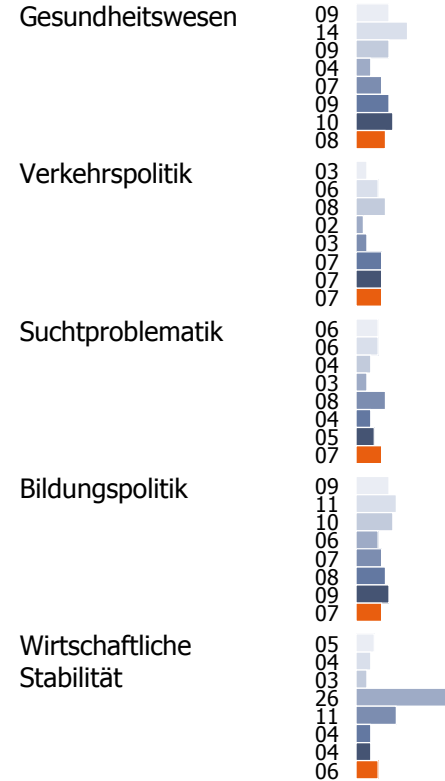
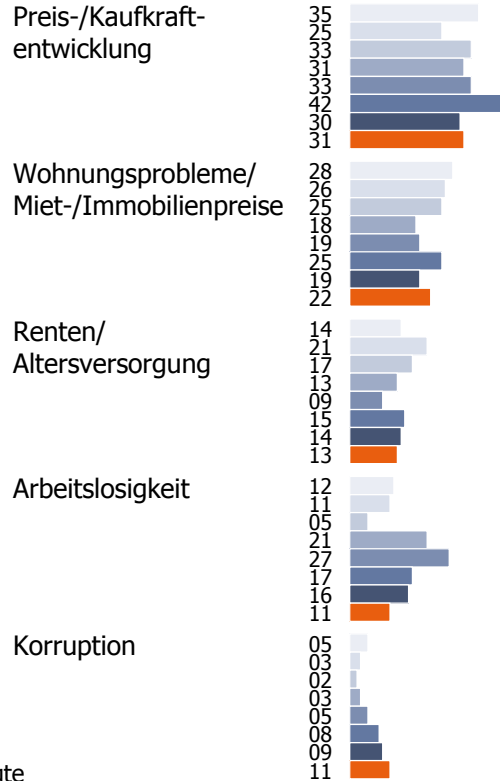
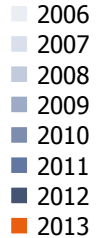
Belgien – zentrale Ergebnisse (3)



Das Themenfeld **Preis-/Kaufkraftentwicklung** landet nach dem ersten Platz im letzten Jahr 2013 nur noch auf Platz 5. Waren es 2012 noch 22% der Nennungen, so fällt der Wert dieses Jahr auf 13% zurück. Dieser Rückgang um neun Prozentpunkte ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf die sinkende Inflationsrate zurückzuführen. Diese ist laut OECD von 3,5% in 2011 über 2,8% im Jahr 2012 bis Februar 2013 auf 1,2% zurückgegangen und liegt somit aktuell deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Ob die kurzfristig positive Entwicklung der Geldentwertung auch mittelfristig stabilisiert werden kann, wird insbesondere von der weiteren Entwicklung der Energiepreise abhängen, die zuletzt vergleichsweise moderat verlief.

Die Herausforderungen in Russland 2013

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Russland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2013: 2.189 Befragte



Russland – zentrale Ergebnisse (1)

An der Spitze der russischen Sorgenliste steht, wie bereits in den Jahren zuvor, die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. 31% der Russen sehen die Inflation als größte Herausforderung, womit die Besorgnis im Vergleich zum Vorjahr stagniert. Noch im April und Mai des vergangenen Jahres lag die Inflationsrate laut OECD mit 3,6% so tief wie noch nie seit dem Ende der Sowjetunion. In der Folge zeigte sie jedoch eine Zunahme und bis Ende 2012 wurde ein Wert von 6,5% erreicht. Im Januar und Februar 2013 wurde sogar die 7%-Marke überschritten. Die vergleichsweise gute Entwicklung der Einkommen könnte eine größere Besorgnis verhindert haben. 2012 wuchsen die Löhne im Land um durchschnittlich 4,2%, insbesondere in Folge eines Wahlversprechens, das Putin für den öffentlichen Dienst ausgesprochen hatte. Um ein Abwandern der ohnehin knappen Fachkräfte zu verhindern, mussten teilweise auch Unternehmen der privaten Wirtschaft dabei mitziehen.

Im Gegensatz zur Preis- und Kaufkraftentwicklung – und zu den übrigen untersuchten Ländern – spielt die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** in Russland derzeit eine untergeordnete Rolle. Diese belegt mit 6% und einem leichten Anstieg

um zwei Prozentpunkte nur den zehnten Platz des Rankings. Tatsächlich gibt es wenig Grund zu klagen: Die russische Wirtschaft weist seit dem Jahr 2000 ein stabiles Wachstum auf, das sich auch 2012 mit einem Anstieg des BIP um 3,4% fortgesetzt hat. Die Aussichten sind ebenfalls gut, denn für die Jahre 2013 bis 2015 wird eine anhaltend positive Entwicklung prognostiziert.

Die zweitgrößte Sorge der Russen richtet sich dagegen auf die **Wohnsituation bzw. die Miet- und Immobilienpreise**. Aktuell äußern 22% der Bevölkerung ihren Unmut, nach 19% im Vorjahr. Dieses Thema ist seit Studienbeginn durchweg in den Top 4 des Rankings vertreten und macht die Thematik zu einer dauerhaften Herausforderung in Russland. Die Besorgnis der Bürger wird dadurch begründet, dass es generell zu wenig Wohnraum gibt und dieser in den nächsten Jahren auch weiterhin knapp bleiben wird. Zwar nimmt der Wohnungsbau eine wichtige Rolle im wachsenden Baugeschäft ein, doch das ist bei weitem nicht ausreichend. Entsprechend schnell steigen die Immobilienpreise und die Mieten, was viele Bürger mit einem durchschnittlichen Einkommen in Schwierigkeiten bringt.



Russland – zentrale Ergebnisse (2)

Besonders betroffen sind hiervon die Menschen in den Regionen Moskau und Sankt Petersburg, wo viele Familien auch heute noch in einer Gemeinschaftswohnung, einer sogenannten Kommunalka, leben. Und selbst wenn Anspruch auf Wohnraum im Rahmen eines Sozialprogramms besteht, kann es zu langen Wartezeiten kommen.

13% der Russen sind in diesem Jahr beunruhigt über die **Renten** und die **Altersversorgung**. Zwar zeigt sich seit 2011 eine abnehmende Tendenz der Besorgnis, aber die Alterssicherung belegt immer noch Platz drei des Rankings. Vermutlich liegt das auch weiterhin an der anhaltenden Diskussion über die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Präsident Putin hatte noch im Vorfeld der Wahl im März 2012 versprochen, das Renteneintrittsalter nicht zu erhöhen, wohl auch, um nicht unnötig den Unmut in der Bevölkerung zu schüren und gegebenenfalls seine Wiederwahl zu gefährden. Angesichts der demografischen Entwicklung lässt sich die Erhöhung mittelfristig aber kaum vermeiden, denn wenn das vergleichsweise niedrige Renteneintrittsalter von aktuell 55 Jahren für Frauen und 60

Jahren für Männer – bei einer unverändert niedrigen Geburtenrate – bestehen bleibt, droht Russland ein Absinken des Rentenniveaus und in der Konsequenz eine wieder zunehmende Altersarmut.

An vierter Stelle der Sorgenliste steht das Thema **Arbeitslosigkeit**, über das sich 11% der Russen besorgt zeigen. Die seit 2011 rückläufige Entwicklung der Besorgnis, die sich seitdem mehr als halbiert hat, korrespondiert mit der Arbeitslosenquote: Nach 8,4% im Jahr 2009 waren 2011 noch 6,6% der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos gemeldet, und im Jahr 2012 liegt die Quote bei 5,7%. Damit ist die Arbeitslosenquote mittlerweile wieder auf den Stand vor dem Beginn der Wirtschaftskrise gesunken. Das dürfte einerseits darauf zurückzuführen zu sein, dass Arbeitsmarktinstrumente wie Kurzarbeit, Zwangsurlaub und verzögerte Lohnzahlungen gegriffen und somit Entlassungen verhindert haben. Andererseits sind vermutlich auch einige Arbeitnehmer in die Schattenwirtschaft ausgewichen.

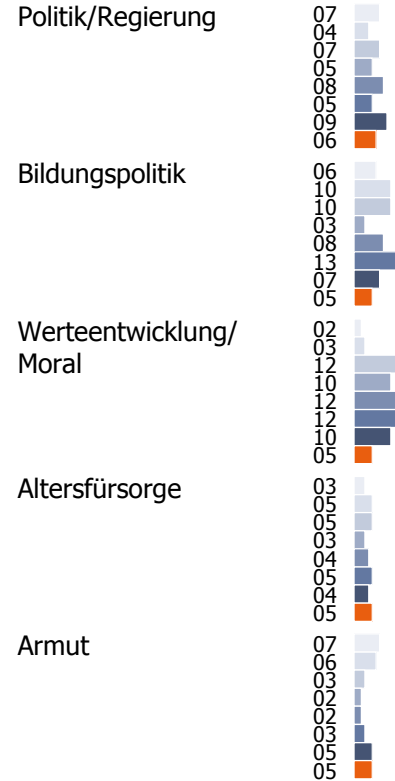
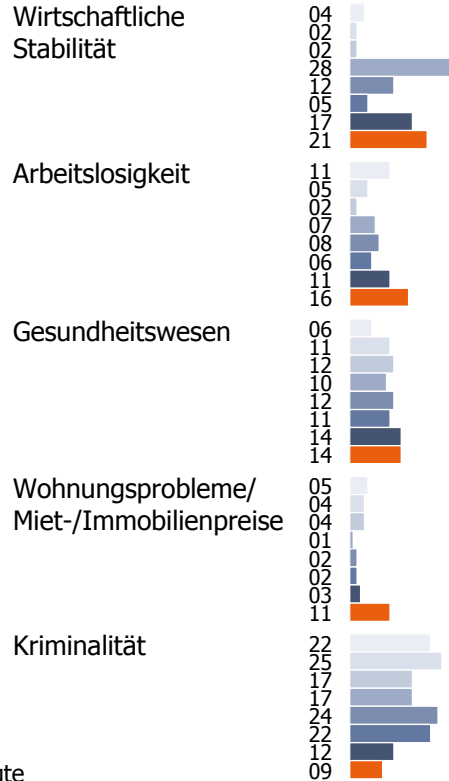
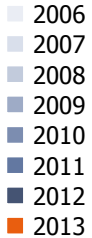
Russland – zentrale Ergebnisse (3)



Die Wahrnehmung der **Korruption** als Problem ist in den letzten Jahren langsam aber stetig gestiegen. Mit 2% befand sich das Thema 2008 noch auf Platz 17, mittlerweile liegt es mit 11% auf dem fünften Platz. Der jüngste Anstieg ist vermutlich auf zwei Korruptionsaffären in Regierungskreisen im November 2012 zurückzuführen. So wurde zunächst Verteidigungsminister Serdjukow aus dem Amt entlassen, da er Geld veruntreut haben soll. Fast zeitgleich wurde Präsident Putins ehemalige Agrarministerin Skrynnik der Vetternwirtschaft und persönlicher Bereicherung in ihrem Einflussbereich verdächtigt. Putin nutzte die Angelegenheit für eine medienwirksam inszenierte Anti-Korruptionskampagne und kündigte ein hartes Durchgreifen ohne Ansehen des Rangs an.

Die Herausforderungen in den Niederlanden 2013

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den Niederlanden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2013: 1.012 Befragte



Niederlande – zentrale Ergebnisse (1)

Die **wirtschaftliche Stabilität** wird von den niederländischen Bürgern ebenso wie im Vorjahr als die größte Herausforderung des Landes angesehen. Nachdem sich die Besorgnis um die Wirtschaftslage bereits 2012 mehr als verdreifacht hatte, steigt sie in diesem Jahr noch einmal um vier Prozentpunkte auf nun 21%. Tatsächlich gibt es in der niederländischen Wirtschaft Anzeichen für eine Rezession: Eurostat weist für das Jahr 2012 insgesamt einen Rückgang des BIP von 1,0% aus. Und auch für 2013 prognostiziert die Statistikbehörde ein weiteres Sinken der Wirtschaftsleistung, wenn auch der Rückgang mit 0,6% etwas geringer vorhergesagt wird. Nur wenige Tage vor Beginn der Befragung warnte die Ratingagentur Fitch vor einer Aberkennung der Topbonität „AAA“ und senkte die Aussicht von „stabil“ auf „negativ“. Die Gründe dafür liegen vor allem in dem sehr schwachen Häusermarkt und den Problemen im Bankensektor. Weiter verschärft wird das Problembewusstsein hinsichtlich der wirtschaftlichen Stabilität durch die Verstaatlichung der Bank „SNS Reaal“. Während der Befragung wurde bekannt, dass diese Bank aufgrund wertloser Immobilienkredite vor dem Abgrund steht und vom Staat

gerettet werden muss. Diese Rettung kostete die Niederlande 3,7 Milliarden Euro, was eine Erhöhung der Staatsverschuldung um 1,6 Milliarden Euro zur Folge hatte und die Neuverschuldung über das Maastricht-Kriterium von maximal drei Prozent steigen ließ.

Zum ersten Mal ist das Thema **Arbeitslosigkeit** auf Platz zwei der holländischen Sorgenliste gerückt: 16% der Bürger zeigen sich aktuell diesbezüglich beunruhigt. Dieses Plus von 5 Prozentpunkten zum Vorjahr markiert den höchsten Sorgenwert seit Studienbeginn im Jahr 2001. Seit Mai letzten Jahres, als die Arbeitslosenquote 5,1% betrug, stieg der Wert bis Februar 2013 kontinuierlich auf 6,2%, also mehr als einen Prozentpunkt. Zwar ist dies im EU-Vergleich noch immer ein geringer Wert, doch stellt dies die höchste Arbeitslosigkeit des Landes seit Mitte der 1990er Jahre dar. Vor dem Hintergrund rezessiver Tendenzen in der Wirtschaft ist die gestiegene Sorge der Niederländer also nachvollziehbar.



Niederlande – zentrale Ergebnisse (2)

Die Sorge um das **Gesundheitswesen** liegt mit 14% auf dem Niveau des Vorjahres, wurde aber von der gewachsenen Besorgnis um die Arbeitslosigkeit von Platz 2 auf Platz 3 verdrängt. Nach wie vor wird dem Gesundheitssystem in den Niederlanden große Aufmerksamkeit zuteil: Ende 2012 hat die neue Regierung unter Ministerpräsident Rutte, die von der rechtsliberalen Partei VVD und der sozialdemokratischen PvdA getragen wird, im Rahmen des Koalitionsvertrags ein 16 Milliarden Euro umfassendes Sparpaket festgelegt, das vor allem das Sozialsystem betrifft. Der Plan umfasst auch Änderungen der Krankenversicherung: So sollen zum Beispiel die Krankenkassen in Zukunft nicht mehr durch Pauschalen, sondern durch einkommensabhängige Beiträge finanziert werden. Medienberichten zufolge könnten dadurch manche Personengruppen bis zu 30% ihrer Kaufkraft verlieren. Die Regierung dementiert dies und betont, dass Menschen mit niedrigem Einkommen weniger tief in die Tasche greifen müssen als noch vor der Reform. Noch ist die Reform aber zu neu, als dass die Bürger den vollen Umfang zu spüren bekommen.

Enorm gestiegen im Vergleich zum letzten Jahr ist die Besorgnis bezüglich der **Wohnungsprobleme** bzw. der **Mieten- und Immobilienpreise**. Während dem Thema im Vorjahr mit 3% noch eine geringe Bedeutung zukam, hat sich die Problemwahrnehmung in diesem Jahr fast vervierfacht und liegt nun bei 11%. Damit belegt diese Herausforderung nun den vierten Platz. Die Sorge kreist dabei sehr stark um den Immobilienmarkt, denn allein 5% der Bürger nennen explizit diesen Punkt. In der Tat wird im Land inzwischen sogar von einer Immobilienkrise spanischen Ausmaßes gesprochen. Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 sind die Preise in Holland laut dem „House Price Index (HPI)“ stetig gesunken, im Schnitt um 4% pro Jahr, und Experten sagen einen weiteren Preisverfall für die nächsten Jahre voraus. Der Grund liegt in der großzügigen Darlehensvergabe der Banken, die durch die aufkommende Finanzkrise Hausbesitzer in Bedrängnis brachte: So steht jeder zehnte Eigenheimbesitzer angesichts des Wertverlusts vor hohen finanziellen Verlusten. Gleichzeitig sorgen eine steigende Arbeitslosigkeit und eine Rezession dafür, dass Käufer ausbleiben und die Eigentümer ihre Häuser nur schwierig zu angemessenen Preisen verkaufen können.



Niederlande – zentrale Ergebnisse (3)

Von Platz 4 auf 5 nach unten gerutscht ist dagegen die Sorge der Niederländer um die **Kriminalität**. Die Besorgnis ist um 3 Prozentpunkte auf den niedrigsten Wert seit 2001 gesunken und liegt nun bei 9%. Laut einem Polizeibericht ging im Zeitraum von 2007 bis 2011 auch die tatsächliche Kriminalitätsrate kontinuierlich um insgesamt 20% zurück. Offenbar führt dies zu einer spürbaren Erleichterung bei den Bürgern.

Möglicherweise steht der Rückgang der Beunruhigung auch im Zusammenhang mit der derzeit fast verschwindenden Sorge um die **Zuwanderung** und die **Integration**. Diese liegt mit aktuell 2% erstmals seit Erhebung der Studienergebnisse in den Niederlanden fernab der Top 10 der Sorgenliste.

Ein ebenfalls bemerkenswerter Rückgang der Besorgnis ist hinsichtlich der **Werteentwicklung** und der **Moral** zu beobachten. Nach fünf Jahren in Folge, in denen mehr als 10% der Befragten dies als eines der Hauptprobleme genannt haben, nennen in diesem Jahr nur 5% diese Sorge. Auch auf diese Entwicklung könnte die sinkende Kriminalität und der damit einhergehende Vertrauenszuwachs einen Einfluss haben.

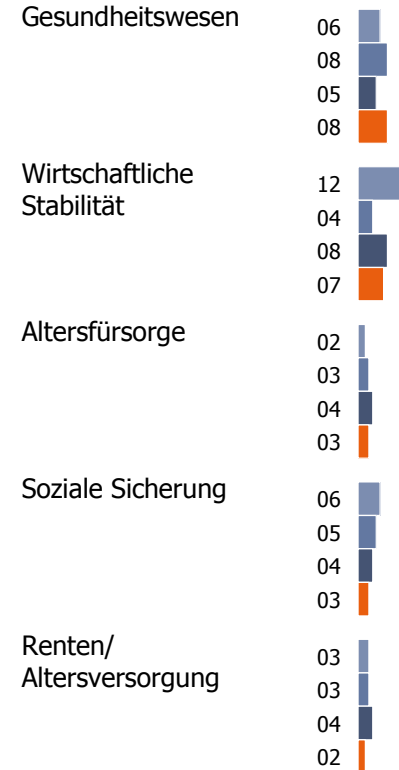
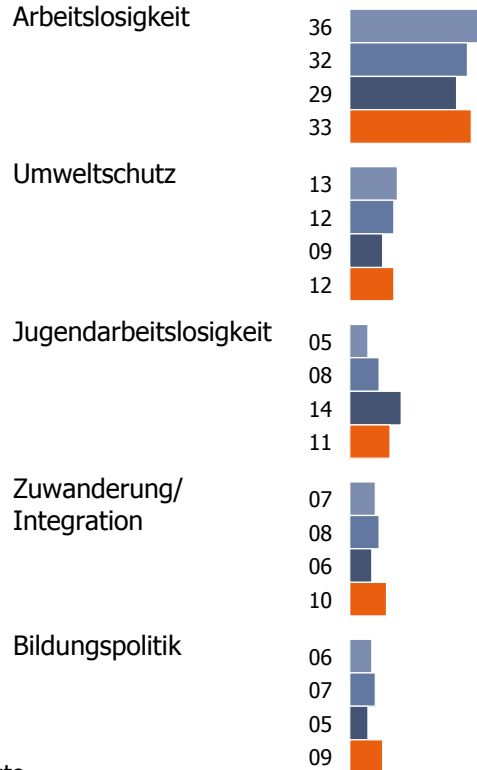
Denkbar ist aber auch, dass die derzeit akute Sorge um die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die einen sehr spürbaren Einfluss auf Bürger und Konsumenten haben, andere Themen derzeit aus dem Fokus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängen.

Die Herausforderungen in Schweden 2013

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Schweden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2013: 1.000 Befragte



Nachrichtlich:
 Armut: 2% (2012: 2%)
 Politik/Regierung: 2% (2012: 1%)
 Preis-/Kaufkraftentw.: 2% (2012: 1%)
 Familienpolitik: 2% (2012: 1%)
 Wohnungsprobleme/ Miet-/Immobilienpreise: 2% (2012: 2%)



Schweden – zentrale Ergebnisse (1)

Die **Arbeitslosigkeit** stellt – wie bereits in den letzten Jahren – das größte Sorgenkind der Schweden dar. Im Vergleich zu 2012 hat sich die Dringlichkeit des Problems wieder um 4 Prozentpunkte erhöht, nachdem die Sorge seit 2010 einen leichten Abwärtstrend zeigte. Aktuell sind 33% der Bürger beunruhigt. Hatte sich die Arbeitslosenquote des Landes laut OECD von 2010 auf 2011 von 8,6% auf 7,8% erholt, so zeigt sich aktuell wieder eine leichte Verschlechterung mit 8,0%. Damit liegt Schweden zwar unter dem EU-Durchschnitt, weist aber höhere Werte als seine Nachbarländer Norwegen, Finnland und Dänemark auf. Ein wenig an Brisanz verloren hat dagegen die Sorge der Schweden um die **Jugendarbeitslosigkeit**, die mit minus 3 Prozentpunkten von Platz 2 auf Platz 3 gerückt ist und nun bei 11% liegt. Vermutlich hat sich der Schwerpunkt der öffentlichen Wahrnehmung auf die Erhöhung der Arbeitslosigkeit insgesamt verlagert, denn die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen ist laut OECD von 22,8% in 2011 auf 23,6% im letzten Jahr nicht gefallen, sondern sogar etwas angestiegen. Stellt man hier einen Vergleich zur EU an, liegt Schweden über dem EU-Durchschnitt. Bisherige Maßnahmen zur Senkung der

Jugendarbeitslosigkeit, wie z.B. die Halbierung der Lohnsteuer, blieben langfristig erfolglos. Und ob die zum Zeitpunkt der Befragung diskutierte – und mittlerweile beschlossene – Jobgarantie der EU, die vorsieht, dass arbeitslose Jugendliche binnen 4 Monaten ein Arbeitsangebot erhalten sollen, die erwartete Wirkung zeigt, bleibt abzuwarten.

Das in Schweden traditionell wichtige Thema **Umweltschutz** hat in diesem Jahr wieder an Bedeutung gewonnen und konnte sich – wie schon 2011 und 2010 – mit 12% als zweitwichtigste Herausforderung nach der Arbeitslosigkeit positionieren. Offensichtlich hat die Bevölkerung immer mehr Zweifel an dem gegenwärtigen Energieprogramm der Regierung. Das Programm sieht vor, dass die Energieversorgung des Landes bis zum Jahre 2020 komplett ohne fossile Energieträger auskommt und die Hälfte der notwendigen Energie von regenerativen Energien erbracht wird. Um diese Vorgaben erreichen zu können, wird Schweden wohl auch mittelfristig weiterhin auf Atomenergie setzen müssen – allen Ausstiegsbekundungen der Regierung zum Trotz.



Schweden – zentrale Ergebnisse (2)

Auch die **Zuwanderungs-** und **Integrationspolitik** scheint die Menschen in Schweden in diesem Jahr mehr zu bewegen als in den vergangenen Jahren, denn inzwischen betrachten 10% der Bürger dieses Thema als eine der größten Herausforderungen des Landes – im Vergleich zum letzten Jahr ein Zuwachs von 4 Prozentpunkten. Hatte sich Schweden neben Deutschland und Frankreich in den vergangenen Jahren innerhalb der EU als eines des großzügigsten Asylländer profiliert, so kämpft das Land derzeit mit den Folgeerscheinungen dieser Politik: Städte mit hohem Migrantenanteil wie das süd-schwedische Malmö leiden unter einer Ghettobildung (Stadtteil Rosengård), erhöhter Kriminalität, Unruhen und Verdrängung der einheimischen Bevölkerung. Die Einwanderungsbehörde klagt über eine immer unerträglichere Situation in den Aufnahmelagern. Die Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt gelingt nur schwer und dauert lange. Mit dem Ziel, die Zuwanderung einzudämmen, hat sich die Partei der rechts-populistischen Schwedendemokraten inzwischen zur dritt-stärksten politischen Kraft im Land entwickelt. Die liberal-konservative Regierung unter Ministerpräsident Reinfeldt steht













unter Druck. Dieser distanzierte sich jüngst von der Äußerung seines Integrationsministers Billström, der verkündete, die Zuwanderung reduzieren zu wollen. Möglicherweise hat auch diese Aussage, die unmittelbar vor dieser Befragung an die Öffentlichkeit kam, den Blick auf das Thema fokussiert. Die Unruhen im Mai 2013 – also nach dieser Erhebung – werden das Thema Einwanderungspolitik aber sicherlich weiterhin im Fokus der öffentlichen Diskussion halten.

Um ebenfalls 4 Prozentpunkte ist die Sorge um die **Bildungspolitik** in Schweden gestiegen. Diese liegt nun mit 9% auf dem fünften Rang und zeigt damit den höchsten Wert und Rangplatz seit Studienbeginn im Jahr 2010. Das neue (Hoch-)schulgesetz von 2011, dessen Hauptziel die Verbesserung der Qualität der Bildungseinrichtungen und die Stärkung des Leistungsgedankens war, hat offensichtlich viele Veränderungen bewirkt, die nun von der Bevölkerung und insbesondere der Elternschaft zunehmend wahrgenommen werden.

Schweden – zentrale Ergebnisse (3)



Angesichts der Tatsache, dass Schweden 6,3% des BIP in das Bildungssystem investiert und damit über dem OECD-Durchschnitt von 5,7% liegt, ist es nicht erstaunlich, dass dem Thema eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wird. So ist zu erwarten, dass die öffentliche Diskussion um die schulische Bildung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des schwedischen Forschungsstandort auch weiterhin intensiv geführt werden wird.

Nation		Wachstumsrate BIP (real) in % (2012)	Arbeitslosenquote ILO in % (2012)	Arbeitslosenquote ILO in % (2011)	Inflationsrate in % (2012)
Belgien		-0,2	7,6	7,2	2,8
Deutschland		0,7	5,5	6,0	2,0
Frankreich		0,0	10,3	9,6	2,0
Italien		-2,4	10,7	8,4	3,0
Niederlande		-1,0	5,3	4,5	2,5
Österreich		0,8	4,4	4,1	2,5
Polen		2,0	10,1	9,7	3,6
Russland		3,4*	5,7**	6,6*	5,1
Schweden		0,8	8,0	7,8	0,9
Spanien		-1,4	25,1	21,6	2,4
UK		0,3	7,9	8,0	2,8
Irland		0,9	14,7	14,7	1,7
EU (27)		-0,3	10,5	9,7	2,6

*vgl. Russland in Zahlen Winter 2013,
Deutsch-Russische Außenhandelskammer (AHK)


**vgl. Länderinformation Russland, Auswärtiges Amt

vgl. Eurostat
(Stand April 2013)


vgl. OECD
(Stand April 2013)

vgl. OECD
(Stand April 2013)


vgl. OECD
(Stand April 2013)

 freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Arbeitslosigkeit	36	39	39	62	66	61	81	79	86	71	66	59	74	75	77	81	80	67	53	57	66	55	34	32
Preis-/Kaufkraftentwicklung	7	13	8	9	7	7	4	5	4	2	5	15	14	10	9	11	11	18	37	13	24	33	26	29
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	4	6	7	9	10	17	14	14	23	12	16
Wirtschaftliche Stabilität	7	10	9	14	13	7	7	7	5	4	4	4	11	16	16	12	8	6	7	36	26	14	24	16
Renten/Altersversorgung	6	4	3	10	9	10	17	15	14	10	17	15	12	18	20	12	18	18	23	9	19	17	13	14
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	10	6	5	6	12	13
Soziale Sicherung	5	4	4	11	6	8	9	8	9	7	7	7	8	12	13	7	10	8	13	13	17	25	11	12
Familienpolitik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	9	8	9	7	13	9	10
Staatsfinanzen	3	7	7	8	5	6	7	9	10	8	3	5	3	8	5	3	6	7	2	9	12	8	9	10
Kriminalität	1	2	7	9	18	19	13	9	19	9	10	10	17	10	7	6	6	10	13	8	15	17	7	8
Zuwanderung/Integration	6	38	68	31	24	20	18	15	12	11	11	13	13	7	6	7	13	7	9	7	8	16	7	8
Steuerpolitik	2	4	3	3	3	4	5	7	4	4	7	5	7	6	5	5	6	9	11	7	10	12	9	8
Gesundheitswesen	-	2	4	10	4	2	3	4	6	2	6	5	5	15	14	7	15	13	12	10	21	19	11	7
Umweltschutz	29	23	16	15	15	23	13	6	5	4	6	11	5	4	3	3	5	16	12	7	10	14	12	7
Politik/Regierung	2	1	3	3	4	1	2	3	3	2	4	3	6	7	8	8	6	7	9	10	10	12	13	7
Basis:	3986	2898	3031	2992	2141	2455	2427	2521	2486	2492	2451	2452	2022	1959	1979	1955	1974	1971	2010	2072	2063	2076	2087	2042

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

	freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Arbeitslosigkeit		31	30	31	58	63	58	80	77	84	69	64	55	71	73	75	80	79	64	51	55	64	53	32	28
Preis-/Kaufkraftentwicklung		5	15	10	11	7	8	4	5	4	2	5	14	12	9	9	11	10	16	37	13	22	31	24	26
Bildungspolitik		1	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	5	7	7	9	10	17	14	14	23	12	17
Wirtschaftliche Stabilität		-	5	5	12	13	6	6	7	5	4	4	4	11	16	17	12	7	5	6	38	27	14	25	16
Renten/Altersversorgung		6	3	3	11	10	11	19	17	16	11	19	16	13	19	22	14	20	19	24	9	19	18	13	14
Armut*		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	9	5	5	6	11	13
Soziale Sicherung		2	2	2	10	5	7	8	6	9	6	6	7	7	11	11	7	9	7	12	12	17	24	10	13
Staatsfinanzen		3	8	8	10	6	7	8	10	11	9	3	5	4	8	6	3	6	7	2	10	13	8	10	10
Familienpolitik*		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	10	8	9	7	13	9	10
Steuerpolitik		2	5	3	4	3	4	5	8	5	4	8	6	7	7	5	5	7	9	11	7	11	12	10	9
Zuwanderung/Integration		7	44	73	35	28	23	20	17	14	10	12	13	15	7	7	6	15	8	10	8	9	17	7	8
Kriminalität		1	2	5	8	16	18	11	8	17	9	8	9	17	9	6	6	6	10	13	7	15	16	7	8
Gesundheitswesen		-	2	5	12	5	2	3	5	6	2	6	5	5	16	15	8	15	13	12	10	21	17	10	8
Umweltschutz		32	26	18	17	17	26	15	7	5	5	7	13	6	5	3	3	5	16	14	8	11	14	13	7
Politik/Regierung		1	1	3	3	4	1	1	3	3	2	4	3	6	6	8	8	5	6	9	10	10	11	14	6
Basis:		2037	1942	2028	1997	1708	1945	1932	2002	1975	1979	1946	1952	1607	1557	1575	1560	1575	1575	1614	1666	1669	1723	1732	1621

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

 freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Arbeitslosigkeit	55	75	73	80	78	74	86	85	92	78	76	79	87	82	84	86	85	76	63	63	73	68	45	44
Preis-/Kaufkraftentwicklung	17	6	2	2	6	2	4	4	6	3	5	20	14	14	10	13	13	27	39	15	31	43	39	38
Wirtschaftliche Stabilität	33	29	27	21	11	12	10	8	7	4	3	4	12	14	14	15	10	6	10	29	22	14	18	15
Bildungspolitik	3	2	1	1	1	1	0	0	2	3	2	3	4	3	6	5	9	8	16	13	13	22	9	14
Renten/Altersversorgung	6	6	3	4	5	6	8	7	7	7	8	11	6	13	12	6	12	11	17	9	17	16	13	11
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	3	4	13	6	6	7	12	11
Soziale Sicherung	15	12	11	16	12	13	15	14	11	9	8	9	13	16	20	9	16	12	18	18	17	32	14	11
Kriminalität	2	3	16	13	24	25	19	13	26	9	16	13	16	11	8	8	7	10	13	13	15	21	8	8
Politik/Regierung	6	3	4	5	2	0	2	3	4	1	4	2	7	11	6	8	9	10	12	12	12	17	12	8
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	1	3	4	7	9	6	9	8	12	9	8
Staatsfinanzen	1	1	1	2	1	1	3	3	6	6	1	3	2	6	3	1	5	4	3	8	10	5	4	7
Gesundheitswesen	-	1	1	0	1	1	1	2	5	2	4	5	5	10	11	4	15	12	10	12	21	25	12	6
Umweltschutz	16	9	6	6	6	11	6	4	3	1	2	7	4	0	2	4	5	14	5	3	6	14	7	4
Steuerpolitik	0	1	1	1	1	2	3	4	2	3	3	4	4	2	3	3	3	5	8	5	7	11	7	4
Altersfürsorge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	1	0	0	0	1	0	1	3	6	2	3	3	5	2
Basis:	1949	956	1003	995	433	510	495	519	511	513	505	500	415	402	404	395	399	396	396	406	394	353	355	421

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen